

erschienen in: In: Wolfgang Merkel (Hrsg.):
Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und
Transformation. Opladen: Leske + Budrich 2000,
231–271.

Zivilgesellschaft in Südamerika – Mythos und Realität

Peter Birle

Einleitung

Das Thema ‚Zivilgesellschaft‘ fehlt in kaum einer wissenschaftlichen Diskussion – und erst recht in keinem politischen Diskurs – über die neuere politische und soziale Entwicklung Lateinamerikas. Der Terminus fand in der Region zunächst als politischer Kampfbegriff in der Auseinandersetzung mit den Militärdiktaturen der 60er, 70er und 80er Jahre Verwendung. Erst später wurde er auch als analytische Kategorie im Rahmen der Diskussion über die ‚neuen‘ lateinamerikanischen Demokratien aufgegriffen. Wie viele modische Begriffe wurde ‚Zivilgesellschaft‘ im Laufe der Zeit von Vertretern ganz unterschiedlicher normativer und theoretischer Positionen aufgegriffen, die das gleiche Wort zwar meist mit einer positiven Konnotation, aber nicht selten mit völlig unterschiedlichem Sinngehalt verwenden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß inzwischen auch kritische Stimmen zu hören sind. Sie reichen von Warnungen, das Konzept drohe zu einer ‚magischen Formel‘ und damit zu einer ‚Leerformel‘ (Lechner 1995: 7) zu werden, bis zu Appellen, auf den Begriff als analytische Kategorie ganz zu verzichten, da durch den gegenwärtigen Gebrauch gesellschaftliche Unterschiede überdeckt, komplexe Realitäten vereinfacht dargestellt und letztendlich die ‚herrschende neoliberale Ideologie‘ gestärkt werde (Meschkat 1999).

Um die verschiedenen Schattierungen der Zivilgesellschaftsdiskussion aufzuzeigen, skizziere ich im ersten Teil des Beitrages die ‚Karriere‘ des Begriffs in Südamerika. Da eine sinnvolle Auseinandersetzung mit der zivilgesellschaftlichen Realität des Subkontinents nur auf der Grundlage einer klaren Definition erfolgen kann, gehe ich anschließend auf das im weiteren Verlauf des Aufsatzes zugrundegelegte Verständnis von Zivilgesellschaft ein. Den Schwerpunkt des Beitrages bildet eine Untersuchung des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Staat in Südamerika. Neben einigen historischen Aspekten wird für fünf südamerikanische Länder (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay) untersucht, welche Rolle zivilgesellschaftliche Akteure bei

der Etablierung, im Verlauf und beim Zusammenbruch der letzten Militärdiktaturen gespielt haben. Im letzten Abschnitt geht es um die Entwicklung der Zivilgesellschaften seit der Redemokratisierung und ihre Wirkung auf die Konsolidierung der jungen Demokratien.

1. Die Zivilgesellschaftsdiskussion in Lateinamerika

Die Debatte über die Zivilgesellschaft begann in Lateinamerika bereits, bevor das Konzept in den 80er Jahren Verbreitung im Rahmen der internationalen Demokratiediskussion fand.¹ Wie bereits angedeutet, ist sie auch in Lateinamerika im Laufe der Zeit zunehmend komplexer und unschärfer geworden. Etwas vereinfachend kann zwischen fünf Diskussionssträngen auf dem Subkontinent unterschieden werden:

1. *Die anti-autoritäre Zivilgesellschaft:* Von Zivilgesellschaft war zunächst in der Auseinandersetzung mit den Militärdiktaturen die Rede, die sich seit den 60er Jahren in vielen südamerikanischen Ländern etabliert hatten. Der Begriff brachte den Widerstand gegen Staaten und Regierungen auf den Punkt, die grundlegende Menschenrechte mißachteten, eine „Kultur der Angst“ (Corradi/Fagen/Garretón 1992) säten und mit Gewalt versuchten, jede oppositionelle gesellschaftliche Meinungsäußerung zum Schweigen zu bringen. ‚Zivile‘ Gesellschaft bedeutete in diesem Zusammenhang ‚anti-autoritär‘ im Sinne ziviler Gegenpole zu den Militärdiktaturen. Die Ablehnung von Gewalt richtete sich aber nicht nur an die Adresse des Staates. Vielmehr beinhaltete der Rekurs auf die Zivilgesellschaft auch eine umfassende Distanzierung von Gewalt als Mittel der Politik. Der staatliche Terror hatte seine Opponenten auf den gemeinsamen Nenner ungeschützter und furchtsamer Individuen reduziert. Diese Erfahrung der Angst und die Bemühungen, sie durch kollektives Handeln zu überwinden, gaben den ersten Anstoß für Entwicklungen, die später als „Wiederauferstehung der Zivilgesellschaft“ (O'Donnell/Schmitter 1986: 48ff.) und als „unsichtbare Transition“ (Garretón 1989) bezeichnet wurden. Die Berufung auf die Zivilgesellschaft gab dem heterogenen ‚Wir‘ aus Kollektivakteuren, die sich den Militärregimen im Laufe der Zeit entgegenstellten, einen Namen. Der Terminus wurde somit zunächst als normativ eindeutig zu verortender Begriff der politischen Identitätsstiftung gegenüber einem autoritären Staat gebraucht. Er stand für Gewaltlosigkeit, Toleranz, Menschenwürde und Demokratie.

2. *Die ‚gramscianische Zivilgesellschaft‘* der reformierten Linken: Eine wichtige Rolle spielte die Bezugnahme auf die Zivilgesellschaft bei der theoretisch-politischen Erneuerung der lateinamerikanischen Linken, die sich seit der kubanischen Revolution (1959) revolutionären Hoffnungen hingegeben hatte und

vor der Machtergreifung der Militärs vielerorts davon überzeugt war, der Zusammenbruch des Kapitalismus und die Errichtung sozialistischer Herrschaftsordnungen stehe unmittelbar bevor. Das traditionelle Denken der lateinamerikanischen Linken zeichnete sich durch ein vom Marxismus-Leninismus geprägtes, elitäres Politikverständnis aus. Die spezifischen Identitäten, Merkmale und Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und zivilgesellschaftlicher Akteure galten diesem Denken als sekundäres Phänomen, das dem ‚bewußten‘ Handeln einer Avantgarde-Partei unterzuordnen sei.

Das Scheitern des bewaffneten Kampfes, die Machtergreifung der Militärs, die Erfahrung von Repression und Exil und der Attraktivitätsverlust des ‚Modells Kuba‘ waren einige der Faktoren, die zu einem Überdenken dieser orthodoxen Vorstellungen der Linken beitrugen. Als theoretischer Katalysator des Erneuerungsprozesses diente das Werk des italienischen Marxisten Gramsci. Dessen unorthodoxe Überlegungen ermöglichten es der Linken, neue Wege des Denkens einzuschlagen, ohne einen traumatischen Bruch mit der eigenen Vergangenheit vollziehen zu müssen (Aricó 1988). Gerade der fragmentarische, oftmals vorläufige Charakter von Gramscis Konzepten der ‚Hegemonie‘ des ‚organischen Intellektuellen‘ und der *società civile* ermöglichte deren (Neu-)Interpretation für die eigenen lateinamerikanischen Bedürfnisse. Die Kritik am autoritären Staat führte zu einer kritischen Auseinandersetzung mit etatistischen Politikvorstellungen insgesamt. Die Linke entdeckte, daß es in der Politik mehr gab als den Staat, den es zu ‚erobern‘ und für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren galt (Weffort 1989: 329). Die Erkenntnis, daß die Zivilgesellschaft ein unersetzlicher Raum des politischen Diskurses und der kollektiven Organisation ist, gehörte neben der neuen Wertschätzung für die zuvor oft als ‚formal‘ und ‚bourgeois‘ kritisierte liberale Demokratie zu den zentralen Neuerungen des linken Denkens.²

3. *Die neoliberale Zivilgesellschaft:* Wenn Verfechter neoliberaler Entwicklungsstrategien von Zivilgesellschaft sprechen, meinen sie damit oft die ‚Befreiung‘ der Privatinitiative von ‚staatlicher Gängelung‘ im Zuge der ‚heimlichen Revolution‘ durch die Entstaatlichung und Deregulierung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften seit den 80er Jahren. Ein so verstandener Zivilgesellschaftsbegriff zielt in erster Linie auf individuelle ökonomische Freiheit und Kreativität (Portantiero 1999). Dies geht bei einigen Autoren so weit, daß selbst der informelle Sektor als zivilgesellschaftliche Wiege eines Schumpeterianischen Unternehmertums betrachtet wird (de Soto 1986). Stärkung der Zivilgesellschaft heißt aus dieser Perspektive vor allem Stärkung der Privatwirtschaft durch Privatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungen (Lechner 1995: 5f.).

4. *Die Zivilgesellschaft der (Neuen) Sozialen Bewegungen:* Demgegenüber wurde der Zivilgesellschaftsbegriff für viele linke Akademiker und Aktivisten zum Synonym für die (Neuen) Sozialen Bewegungen.³ Sie betrachteten die oft auch als Volksorganisationen (*movimientos populares*) bezeichneten sozialen

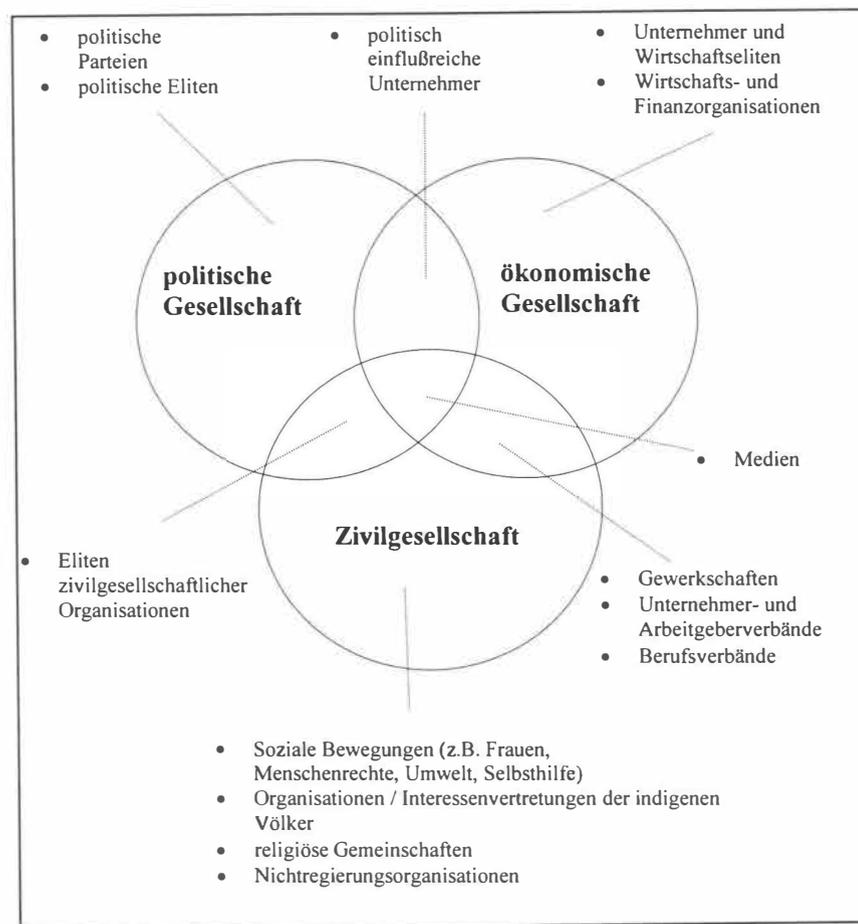
Bewegungen als Keimzellen einer egalitären und partizipativen soziopolitischen Ordnung. Neben einer optimistischen, teilweise ‚romantischen‘ Einschätzung des Demokratisierungs- und Transformationspotentials der sozialen Bewegungen, das infolge neuerer Studien skeptischer zu beurteilen ist (Roberts 1997), zeichnen sich viele Vertreter eines derartigen Verständnisses von Zivilgesellschaft durch große Skepsis gegenüber den politischen Parteien aus.

5. *Die Zivilgesellschaft sozialer Netzwerke*: Der Rekurs auf die Zivilgesellschaft spielt auch im Rahmen neuerer Diskussionen über ‚demokratisches Regieren‘ und die Qualität der Demokratie eine Rolle (Domínguez/Lowenthal 1996). Nach den neoliberalen Wirtschaftsreformen der ‚ersten Generation‘ haben viele lateinamerikanische Regierungen inzwischen Reformen der ‚zweiten Generation‘ in Angriff genommen, die unter anderem einer Erneuerung der Bildungs- und Erziehungssysteme sowie einer Dezentralisierung der staatlichen Verwaltungsapparate dienen sollen. Von einer stärkeren Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure verspricht man sich nicht nur eine qualitative Verbesserung des Regierungshandelns, sondern auch eine verbesserte Regierbarkeit (Maihold 1998). Einige Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von ‚assoziativen Netzwerken‘ als eines neuen Typus von Repräsentationsstrukturen (Chalmers/Martin/Piester 1997).

II. Eine Arbeitsdefinition von Zivilgesellschaft

Als Zivilgesellschaft wird im folgenden in Anlehnung an Linz/Stepan (1996: 7ff.) eine zwischen Privatsphäre (Individuum, Familie) und Staat angesiedelte Sphäre des politischen Gemeinwesens bezeichnet, in der Kollektivakteure, die über ein Mindestmaß an Autonomie gegenüber dem Staat verfügen und deren Zielsetzungen sich an öffentlichen Belangen orientieren sowie gesellschaftliche Interessen, Werte und Forderungen artikulieren. Die Akteurspalette einer so verstandenen Zivilgesellschaft umfaßt eine Vielzahl formaler und informeller Organisationen, sie reicht von Interessengruppen wie Gewerkschaften und Unternehmerverbänden⁴ über religiöse Gruppierungen und soziale Bewegungen (Menschenrechts-, Stadtteil-, Frauen-, Umweltgruppen, etc.) bis hin zu Nichtregierungsorganisationen.⁵ In Abbildung 1 wird versucht, die Überschneidungen zwischen Zivilgesellschaft, politischer Gesellschaft und ökonomischer Gesellschaft im Hinblick auf die jeweiligen Akteure zu veranschaulichen.⁶

Schaubild 1: Akteure der politischen, der ökonomischen und der Zivilgesellschaft¹



¹ Das Schaubild lehnt sich an die Darstellung bei Howard (1998:195) an.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der Terminus Zivilgesellschaft im folgenden als Analysekategorie Verwendung findet, die nicht automatisch positiv besetzt ist. Im einzelnen bedeutet das:

1. Die Zivilgesellschaft ist weder eine Handlungsebene ‚desinteressierter‘ oder altruistischer Akteure noch ein herrschaftsfreier Raum. A priori eine grundsätzliche analytische Unterscheidung im Hinblick auf die Zielsetzungen und Strategien der verschiedenen Akteure vorzunehmen, ist nicht sinnvoll (Costa 1997: 38). Dies kann nur Ergebnis empirischer (d.h. kontextgebundener) Untersuchungen sein. Gleiches gilt für die konkrete Ausprägung von Machtbeziehungen und Hierarchien innerhalb von und zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen.
2. Ziviltugenden wie Toleranz und Fairneß sollten aus methodischen Gründen nicht zum Abgrenzungskriterium für die Zugehörigkeit eines Akteurs zur Zivilgesellschaft gemacht werden, da sonst die Gefahr besteht, die „Schattenseiten der Zivilgesellschaft“ (Merkel/Lauth 1998:12) als Untersuchungsgegenstand auszugrenzen. Dagegen ist es sinnvoll, das jeweilige Ausmaß an Toleranz, Fairneß und anderen Ziviltugenden auf seiten der einzelnen Akteure empirisch zu untersuchen.⁷
3. Die Zivilgesellschaft kann nicht *per se* als demokratieförderliche Sphäre betrachtet werden, wie Berman (1997) unter Bezugnahme auf die Weimarer Republik aufgezeigt hat. Schmitter verweist darauf, daß die Zivilgesellschaft sowohl positive als auch negative Auswirkungen für die Demokratie haben kann (Schmitter 1997: 247f.), und auch Merkel/Lauth betonen, daß die Demokratisierungspotentiale der Zivilgesellschaft nur kontextabhängig erschlossen werden können, denn „[...] je nach Ausprägung des Regimekontextes verändern sich nicht nur Akteure, Strukturen und Funktionen einer Zivilgesellschaft, sondern auch deren Bedeutung für die Demokratie.“ (Merkel/Lauth 1998: 12)
4. Es kann durchaus danach gefragt werden, welche Funktionen bzw. Leistungen von der Zivilgesellschaft bzw. von den zivilgesellschaftlichen Akteuren erwartet werden, beispielsweise im Hinblick auf unterschiedliche Phasen der demokratischen Transition und Konsolidierung (Merkel/Lauth 1998). Dabei gelangen Anhänger unterschiedlicher demokratietheoretischer Positionen zu divergierenden Antworten, je nachdem, ob z.B. Partizipation und Teilhabe oder Stabilität und Regierbarkeit als höherrangige Zielvorgaben gelten. Aber nur konkrete Analysen können Auskunft darüber geben, inwiefern die erwünschten Funktionen tatsächlich erbracht werden. Infolge der Akteursvielfalt und -heterogenität sind zudem pauschale Aussagen über die Zivilgesellschaft eines Landes oder gar eines ganzen Kontinents mit größter Vorsicht zu treffen.

5. Eine isolierte Betrachtung der Zivilgesellschaft ist nicht sinnvoll. Insbesondere die wechselseitigen Beziehungsmuster zwischen Zivilgesellschaft und Staat verdienen Aufmerksamkeit. Wenn Stepan betont, die Rolle des Staates könne nicht angemessen analysiert werden, ohne die die Zivilgesellschaft durchziehenden Konfliktlinien und die horizontalen Verbindungen zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Sektoren zu berücksichtigen (Stepan 1985: 340), so kann umgekehrt die Situation der Zivilgesellschaft nur verstanden werden, wenn ihr Verhältnis zum Staat, zur politischen und zur ökonomischen Gesellschaft in die Analyse einbezogen wird.

III. Historische Aspekte des Verhältnisses Zivilgesellschaft – Staat in Südamerika

In einer vergleichenden Analyse über Zivilgesellschaft und Demokratie in Lateinamerika und im Mittleren Osten wurde vor kurzem die These aufgestellt, daß es schon im Verlauf des 19. Jahrhunderts in einigen lateinamerikanischen Ländern zur Herausbildung semi-autonomer, semi-demokratischer Zivilgesellschaften gekommen sei (Kamrava/Mora 1998: 899). Eine solche Aussage wird der historischen Realität jedoch nur ansatzweise gerecht. Zwar entstanden nach der im Vergleich zu anderen Regionen der ‚Dritten Welt‘ frühen Unabhängigkeit (1810-1830) in allen südamerikanischen Ländern mit Ausnahme Brasiliens, das bis 1889 Monarchie blieb, Republiken, die sich auf das Prinzip der Volkssouveränität beriefen und demokratische Verfassungen verabschiedeten. Auf die Unabhängigkeitskriege folgte jedoch vielerorts eine längere Periode gewalttätiger Konflikte um die Definition der neuen politischen Gemeinwesen. Nicht Demokratie, sondern Bürgerkriege, politische Instabilität, die Herrschaft lokaler Caudillos und die zum Teil bis ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts äußerst prekären Staatsformen prägten die Realität.⁸ Die nachkolonialen Gesellschaften zeichneten sich durch eine extreme geographische und soziale Konzentration von Machtressourcen, das weitgehende Fehlen von Mittelschichten und eine geringe soziale Mobilität aus (Flisfich/Lechner/Moulian 1985: 51f.; Oxhorn 1995a: 253f.). Traditionelle Lebens- und Organisationsformen der indigenen Völker, die lange Zeit weitgehend außerhalb des Zugriffs staatlicher Politiken existiert hatten, wurden durch die Privatisierung von Gemeindeländereien vielfach zerstört. Damit verbunden waren der Verlust von Subsistenzgrundlagen, Migrations- und Proletarisierungsprozesse sowie eine brutale wirtschaftliche Ausbeutung der indigenen Bevölkerung. Noch schlimmer erging es den nomadischen und halbnomadischen Gruppen in Chile, Argentinien und Brasilien, die ähnlich den Indianern Nordamerikas weitgehend ausgerottet wurden. In Brasilien, wo die Sklaverei die Unabhängigkeit

überdauert hatte, bestand die Gesellschaft noch um 1850 zu einem Drittel aus Sklaven (Fisher 1992: 416). Insgesamt zeichneten sich die Gesellschaften durch einen ausgrenzenden sozialen Autoritarismus aus. Wenn überhaupt Strategien der sozialen Inklusion anzutreffen waren, dann basierten sie auf personalistischen und patrimonialen Verhaltensmustern.

Die Bevölkerungsmehrheiten blieben bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts von politischen Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen. Dominierende politische Akteure waren die Großgrundbesitzer, das Militär und die Kirche. Die katholische Kirche übte in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens großen Einfluß aus. Durch ihre Gemeindegarbeit, aber auch durch ihre vielfältige Präsenz in Erziehungs-, Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen wurde sie zu einer wichtigen Institution der Sinngebung. Nicht ohne Grund wurde Lateinamerika lange Zeit als ‚katholischer Kontinent‘ bezeichnet. Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zeichnete sich die Kirche durch eine sozialkonservative, antiliberalen und antimoderne Haltung aus. Solange ihre Sonderrechte respektiert und garantiert wurden, war sie auch dazu bereit, sich mit autoritären Regimen zu arrangieren.⁹

Noch bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestanden nur kleine ‚Teilöffentlichkeiten‘ in Form von Clubs, Bruderschaften, Logen, Kultur- und Literaturzirkeln der urbanen Schichten. Sie repräsentierten jedoch nur geringe Teile der jeweiligen Gesellschaften (Sábato 1998). Modernisierungs- und Säkularisierungsprozesse, wie sie beispielsweise im Erziehungswesen von liberal orientierten Eliten in einer Reihe von Ländern vorangetrieben wurden, änderten zunächst wenig an der politischen Dominanz kleiner Oligarchien.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gingen von der europäischen Industrialisierung Nachfrageimpulse aus, die in Südamerika zu sozioökonomischen Modernisierungsprozessen führten und einen Anreiz für die Masseneinwanderung aus Europa boten. Im Verlauf dieser Entwicklungen veränderten sich die traditionellen Sozialstrukturen grundlegend. Die Prozesse sozialen Wandels – Urbanisierung, Säkularisierung, Wachstum der städtischen Arbeiterschaft und der Mittelschichten – schlugen sich in der Gründung zivilgesellschaftlicher Organisationen nieder. Es entstanden erste Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Unternehmer- und Berufsverbände sowie weitere Assoziationen der urbanen Bevölkerung. Aufgrund des autoritär-oligarchischen Charakters der politischen Regime sahen sich jedoch diejenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, deren Existenz von den Herrschenden als Bedrohung empfunden wurde (Gewerkschaften, Bauernorganisationen) mit staatlicher Repression konfrontiert.¹⁰

Zu einer entscheidenden Wende führte die Weltwirtschaftskrise von 1929/30, in deren Folge die internationale Arbeitsteilung weitgehend zusammenbrach und sich die Exportökonomien der Region mit einem abrupten Verlust ihrer Absatzmärkte und damit auch ihrer Deviseneinnahmen und Importkapazitäten konfrontiert sahen. In der Folgezeit etablierte sich in allen Cono-

Sur-Ländern eine „staatszentrierte Entwicklungsmatrix“ (Cavarozzi 1993), d.h. der Staat übernahm in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht eine zentrale gestaltende und regulierende Rolle. In der Wirtschaftspolitik verband sich damit eine Strategie der importsostituierenden Industrialisierung, die Abschottung der Volkswirtschaften gegenüber ausländischer Konkurrenz, die staatliche Regulierung der Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte sowie ein rapide wachsender staatlicher Unternehmens- und Beschäftigungssektor. Die Produktion für den Binnenmarkt wurde zum dynamischen Kern der wirtschaftlichen Entwicklung und führte in den folgenden Jahrzehnten phasenweise zu hohen Wachstumsraten (Nohlen/Fernández B. 1988). Die genannten Prozesse bewirkten auch eine Beschleunigung des sozialen Wandels, wodurch sich der Inklusionsdruck auf die politischen Systeme erhöhte. In dieser Situation kamen in vielen Ländern Regierungen an die Macht, die im Rahmen ‚populistischer‘ Bündnisstrategien einen Teil der neuen gesellschaftlichen Akteure etatistisch integrierten. Die Instrumente der Inklusion wiesen länderspezifische Unterschiede auf, in Abhängigkeit etwa von den existierenden Parteiensystemen, politischen Institutionen und der politischen Rolle des Militärs. Gemeinsam war diesen Strategien jedoch fast ausnahmslos der ‚top down‘-Charakter von Repräsentation und Partizipation. In einigen Ländern wurde der traditionelle oligarchische Klientelismus intensiviert und partiell auf staatliche Behörden ausgerichtet, in anderen schuf der Staat autoritär-korporatistische Kanäle der Interessenorganisation und Interessenrepräsentation.

Populistische Regime wie das unter Vargas in Brasilien (1930-45; 1950-54) und Perón in Argentinien (1946-55) schufen gesellschaftliche Identitäten und soziale Bindungen auf der Grundlage einer zentralen Rolle von Staat und Nation. Diese Identitätsstiftung ‚von oben‘ mittels vager symbolischer Botschaften subsumierte die (zivile) Gesellschaft unter die Idee der Nation und die Vielfalt der sozialen Akteure unter die Vorstellung von einem einheitlichen Volk. Die anti-liberale und patrimoniale Inkorporationsstrategie der populistischen Regime fiel aus zwei Gründen auf fruchtbaren Boden. Zum einen war der Liberalismus diskreditiert, weil er jahrzehntelang als Rechtfertigungsideologie von Regimen gedient hatte, die lediglich die Privilegien kleiner Oligarchien absicherten (Flisfich/Lechner/Moulian 1985: 53f.). Zum anderen bestand das ‚neue Proletariat‘ der 30er und 40er Jahre zum großen Teil aus Binnenmigranten, die an die auf dem Land vorherrschenden Patronagesysteme und den Personalismus gewöhnt und ohne großen Widerstand dazu bereit waren, im Austausch für eine fortschrittliche Arbeits- und Sozialgesetzgebung auf Organisationsautonomie und effektive Partizipationsrechte zu verzichten (So-telo 1973:139f.).

Die soziale Inklusivität der populistischen Regime beschränkte sich im wesentlichen auf die urbane Arbeiterschaft. Die Landbevölkerung und die indigenen Völker blieben ausgegrenzt. Bereits die objektiven Bedingungen außerhalb der urbanen Zentren – Arbeitskräfteüberschuß, Löhne am Rande des

Existenzminimums, prekäre Arbeitsverhältnisse, etc. – machten eine Organisation der Landbevölkerung schwierig. Kam es trotzdem zu Protestversuchen, so reagierten die Großgrundbesitzer mit äußerster Schärfe. Private Sicherheitsdienste sorgten auf den Zuckerplantagen des brasilianischen Nordostens für die sofortige – oft physische – Beseitigung von ‚Störenfrieden‘, Gewerkschaftsvertreter wurden auf den Haciendas mit Schüssen empfangen. Selbst Anliegen wie die Einrichtung einer Grundschule, wie sie die erste, 1955 im brasilianischen Nordosten gegründete Bauernliga vorbrachte, betrachteten die Landbesitzer als subversiv. Deren Macht war um so größer, als Rechts- und Polizeigewalt vielerorts in ihren Diensten standen (Sotelo 1973: 127f.).

Die Anzahl und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen nahm seit den 30er Jahren in allen Ländern zu. Die im Rahmen des Populismus etablierten Beziehungsmuster zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Staat trugen jedoch nicht zu mehr Rückhalt für die liberale Demokratie bei. Große Teile der Bevölkerung wurden nicht in erster Linie durch die Garantie politischer Rechte, sondern durch die von einem ‚vormundschaftlichen‘ Staat gewährten sozialen Rechte (Arbeits- und Sozialgesetzgebung) in die politischen Gemeinwesen integriert (González Bombal 1995: 71f.; Paoli 1995: 58). Entscheidungen über die Forderungen einzelner Akteure fielen nicht im Rahmen öffentlich nachvollziehbarer Diskussions- und Verhandlungsprozesse, sondern in isolierten Arenen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Ein diffuser *support* der zivilgesellschaftlichen Akteure für als legitim erachtete institutionelle Prozeduren zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Konflikte konnte sich auf dieser Grundlage nicht herausbilden. Das Fehlen prozeduraler Legitimität brachte die Stabilität der politischen Regime ins Wanken, wenn die Bindekraft von Gründungsmythen nachließ und/oder die geforderten Leistungen nicht erbracht werden konnten (Cavarozzi 1993). Die geringe Marktautonomie der ökonomischen Gesellschaft führte dazu, daß die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Akteure zur Verwirklichung ihrer Ziele und Durchsetzung ihrer Forderungen weitgehend vom Staat abhingen. Vor diesem Hintergrund konnten sich Vorstellungen von individuellen bürgerlichen Rechten und einer Sphäre negativer Freiheiten gegenüber dem Staat kaum durchsetzen. Nur wenige zivilgesellschaftliche Akteure setzten sich für individuelle Rechte oder den Schutz von Minderheiten ein.

Das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft variierte zwischen einzelnen Ländern beträchtlich. In Chile, wo sich relativ früh ein stabiles Parteiensystem etabliert hatte, kam es zu einer starken Penetration zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die politischen Parteien. Dies führte in den 60er und frühen 70er Jahren des 20. Jahrhunderts dazu, daß sich die zunehmende ideologische Polarisierung innerhalb der politischen Gesellschaft auch auf die Zivilgesellschaft übertrug. In Uruguay, dessen Parteiensystem seit Beginn des Jahrhunderts ebenfalls relativ stabil war, verfügten die politische Gesellschaft und die Zivilgesellschaft über weitaus mehr wechselseiti-

ge Autonomie. In Brasilien waren große Teile der Zivilgesellschaft in staatskorporatistische Beziehungsmuster eingebunden. In Argentinien kam es wiederholt zu wechselseitigen Blockaden zwischen den Akteuren der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft.¹¹

Bolivien unterscheidet sich von den anderen vier Ländern grundlegend. Die seit der Kolonialzeit nahezu ungebrochene Aneignung des staatlichen Raumes durch eine kleine Oligarchie verhinderte die Entstehung eines modernen Nationalstaates ebenso wie die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Bis zur Revolution von 1952 galten die Kulturen und Organisationsformen der indigenen Völker, die je nach Schätzung zwischen 50% und 80% der Bevölkerung ausmachen, als Ausdruck der Zurückgebliebenheit. ‚Modernisierung‘ hieß bis zu diesem Zeitpunkt Eliminierung der traditionellen Kulturen. Nach der Revolution, in deren Folge sich auch in Bolivien eine staatszentrierte Entwicklungsmatrix durchsetzte, wurde zwar allen gesellschaftlichen Gruppen der formale Zugang zur politischen Partizipation eröffnet, die endogenen Traditionen galten jedoch weiterhin als rückständig, weshalb jetzt durch die Assimilierung der indigenen Bevölkerung in die okzidentale Kultur ein neues Nationalbewußtsein geschaffen werden sollte. Aus *indios* wurden *campesinos*, zum Konstrukt der nationalen Identität erwuchs das Mestizentum (*mestizaje*). Trotzdem blieb die indigene Bevölkerung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens systematisch benachteiligt und weitgehend ausgegrenzt (España/Bejarano 1993: 16ff.). Die vielfältigen Organisationsformen der indigenen Völker konnten vor diesem Hintergrund nicht zu einem Potential für die Bereicherung der Zivilgesellschaft werden.

Zu einem zentralen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur wurde dagegen mit der Revolution von 1952 die Gewerkschaftsbewegung in Form des Dachverbandes Central Obrera Boliviana (COB). Unter ihrem Dach schlossen sich nicht nur abhängig Beschäftigte, sondern auch Bauern, Kleinhändler, Studenten und eine Reihe weiterer gesellschaftlicher Gruppen zusammen. Die COB erstritt sich das Recht des Mitregierens (*cogobierno*) und das der Mitbestimmung (*cogestión laboral*) in den verstaatlichten Unternehmen. Neben der Nähe zum Staat und zur Macht zeichnete sie sich dadurch aus, daß sie nicht wie viele andere lateinamerikanische Gewerkschaften klientelistisch in das System integriert wurde, sondern immer Wert auf ihre Autonomie gegenüber allen anderen politischen Akteuren legte. Vorstellungen von repräsentativer Demokratie betrachtete sie mit Mißtrauen. Aus ihrer Präferenz für direkte Demokratie leitete sie das Recht ab, die Einhaltung des ‚Programms der Revolution‘ durch Regierung und Staat zu überwachen (Laserna 1985: 124ff.).

Wenn es trotz beschleunigter sozio-ökonomischer Entwicklung in Südamerika nicht zu dauerhaften Demokratisierungsprozessen kam, wie dies noch Mitte der 50er Jahre viele Beobachter erwartet hatten (z.B. Johnson 1958), so waren dafür mehrere Faktoren verantwortlich, auf die hier nicht im einzelnen

eingegangen werden kann. Ein Aspekt, der die Etablierung von Militärdiktaturen seit Mitte der 60er Jahre begünstigte, war der Zustand der Zivilgesellschaften. Da unter den Akteuren der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft kein ziviler Konsens im Hinblick auf eine grundsätzliche Wertschätzung liberaler Demokratie vorhanden war, gerieten die demokratischen Regime von links und rechts unter Beschuß. Dies äußerte sich zum einen darin, daß nicht-zivile Verhaltens- und Organisationsformen um sich griffen (Guerrilla, Todesschwadronen). Zum anderen sympathisierten wachsende Teile der Gesellschaften mit nicht-zivilen gesellschaftlichen Akteuren bzw. mit politischen Interventionen der Streitkräfte.

IV. Zivilgesellschaft und Staat zur Zeit der jüngeren Militärdiktaturen

Seit Mitte der 60er Jahre übernahmen in den meisten südamerikanischen Staaten die Streitkräfte die Macht, wobei sie nirgendwo als isolierter Akteur handelten, sondern in allen Ländern auf die aktive Unterstützung oder zumindest die stillschweigende Duldung von Teilen der Zivilgesellschaft zählen konnten (Rouquié 1982). In Bolivien (1964-1982), Brasilien (1964-1985), Chile (1973-1990), Uruguay (1973-1985) und Argentinien (1976-1983) entstanden Diktaturen, zu deren wichtigsten Zielen die bis zur physischen Vernichtung gesteigerte Ausgrenzung der im Zuge der populistischen Bündnispolitik inkorporierten und immer weniger zu kontrollierenden zivilgesellschaftlichen Akteure gehörte (O'Donnell 1979). Anders als für Chile und Uruguay, zwei zuvor jahrzehntelang demokratisch regierte Länder, war diese Erfahrung für Argentinien, Brasilien und Bolivien insofern nicht neu, als die Militärs dort bereits in der Vergangenheit wiederholt ins politische Geschehen eingegriffen hatten. Neu war allerdings auch dort, daß die Streitkräfte ihre Machtergreifung nicht als kurzfristige Intervention, sondern als auf unbestimmte Zeit angelegte Herrschaft konzipiert hatten. Die Militärregime haben nie versucht, alle zivilgesellschaftlichen Organisationen unter ihre Kontrolle zu bringen oder vollständig zu eliminieren. Neben der katholischen Kirche konnten auch die Unternehmerverbände relativ frei agieren. Die staatliche Repression richtete sich in erster Linie gegen die Guerrilla und die „andere Seite der Zivilgesellschaft“ (Meschkat 1999): die Organisationen der städtischen Unterschichten, die Gewerkschaften und Bauernorganisationen – kurz, gegen alle Akteure, die die überkommenen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen in Frage stellten. In der Anfangsphase der Militärherrschaft konnte der Staat in allen Ländern durch massive Repression seine Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit erweitern. Im Verlauf der Diktaturen zeigten sich dann aber deutliche länderspe-

zifische Unterschiede im Hinblick auf die Beziehungen zwischen dem autoritären Staat und den Akteuren der Zivilgesellschaft (Stepan 1985: 318ff.).

In Chile trugen die hohe Intensität der gesellschaftlichen Konflikte gegen Ende der zivilen Herrschaftsphase sowie die in der Ober- und Mittelschicht auch Jahre nach Beginn der Diktatur noch weitverbreitete Furcht vor einer Regeneration der sozialistischen Opposition dazu bei, daß große Teile der Zivilgesellschaft die autoritäre Herrschaft guthießen. Auch die interne Kohäsion des staatlichen Entscheidungs- und Repressionsapparates war hoch. Pinochet verstand es, divergierende Gruppen und Akteure in seinen ‚Machtblock‘ zu integrieren. Der große Rückhalt des Regimes zeigte sich anlässlich des 1980 durchgeführten Plebiszits, mit dem über eine neue autoritäre Verfassung abgestimmt wurde. Fast alle Interessengruppen der Privatwirtschaft erklärten ihre Zustimmung. Aber auch andere zivilgesellschaftliche Gruppen, z.B. konservative Frauenorganisationen und Berufsverbände, mobilisierten ihre Mitglieder zur Unterstützung des Regimes. Das kollektive Handlungspotential der oppositionellen zivilgesellschaftlichen Akteure war dagegen nicht nur wegen des hohen Ausmaßes an Repression, sondern auch aufgrund inneroppositioneller ideologischer Spannungen stark eingeschränkt. Hinzu kamen die strukturellen Veränderungen infolge der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Neben dem Rückgang der Industriearbeiterschaft gehörten dazu insbesondere die veränderten Rahmenbedingungen infolge der arbeits- und sozialpolitischen Reformen ab Ende der 70er Jahre. Mit Zwang und gezielten Anreizen setzte die Militärregierung eine Entwicklung in Richtung gesellschaftlicher Individualisierung, Fragmentierung und Atomisierung in Gang, durch die vor allem jene Teile der Zivilgesellschaft geschwächt wurden, die sich solidarischen Grundprinzipien verpflichtet fühlten (Bultmann et al. 1995; Drake/Jaksic 1995; Garretón 1989; Imbusch 1995; Oxhorn 1994 u. 1995). Zudem gaben zivilgesellschaftliche Kräfte den Anstoß für die erste Liberalisierung. Legitimationseinbußen des Regimes infolge einer schweren Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre führten ab 1982 zu sozialen Protesten. Ab 1983 organisierte die Opposition sieben ‚nationale Protesttage‘, an denen sich neben den Gewerkschaften vor allem studentische Gruppierungen und Organisationen der Bewohner der Armenviertel beteiligten. Pinochet sah sich zu einer vorsichtigen Öffnung des Systems veranlaßt, wodurch sich auch für die politischen Parteien Spielräume öffneten. Die Opposition war jedoch nach wie vor ideologisch gespalten und zerstritten über die dem Regime gegenüber zu verfolgende Strategie. Eine teilweise Radikalisierung der Proteste wurde von Pinochet 1985 zum Anlaß genommen, die Liberalisierung zu stoppen (Stohldreyer 1997). Die Rückkehr zur zivilen Herrschaft fand dann ab 1988 im Rahmen des durch das Regime selbst in der Verfassung von 1980 vorgegebenen Zeitplans statt. Dieser sah für 1988 eine Volksbefragung darüber vor, ob die Amtszeit Pinochets um weitere acht Jahre verlängert würde oder nicht. Die starke Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Opposition im Vorfeld des

Plebiszits spielte eine wichtige Rolle für die Niederlage Pinochets. Bereits zum damaligen Zeitpunkt deutete sich allerdings eine weitgehende ‚Zähmung‘ der Zivilgesellschaft durch die politischen Parteien an (Oxhorn 1995b). Unter Verweis auf die Notwendigkeit eines geeinten und moderaten Auftretens der Opposition lehnten die in der *Concertación* zusammengeschlossenen regime-oppositionellen Parteien eine autonome Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure ab. Die Rückkehr zu einem demokratischen Regime – mit autoritären Enklaven – fand 1990 auf der Grundlage eines Konsenses zwischen den demokratischen Eliten und den Eliten des autoritären Regimes statt. Wesentlicher Bestandteil dieses Konsenses war, daß keine der seit 1973 durchgeführten „Reformen“ nach dem Regimewechsel zur Revision anstehen würde. Insofern ist die Redemokratisierung Chiles das Ergebnis der Niederlage der (zivilgesellschaftlichen) Demokratiebewegung der frühen 80er Jahre und der Sieg einer anderen Demokratiebewegung, die aus den Mißerfolgen der Vergangenheit lernte und sich auf die von der Militärregierung auferlegten Bedingungen einließ (Moulian 1993: 108ff.).

Obwohl die Repression auch in Uruguay in den ersten Jahren der Diktatur zum Verstummen der Opposition führte, war die Legitimation der Militärregierung von Anfang an prekär. Selbst gegenüber den ihr eher positiv gesonnenen Gesellschaftssegmenten konnte sie sich aufgrund wesentlich geringerer Bedrohungsperzeptionen nicht derart als ‚Retter‘ (des Privateigentums) darstellen wie Pinochet in Chile. Die geringere Bereitschaft zu einer aktiven Unterstützung des autoritären Regimes auch auf seiten derjenigen, die seine Existenz zumindest duldeten, zeigte sich 1980. Die uruguayischen Militärs bemühten sich ebenso wie Pinochet um die plebiszitäre Absegnung einer autoritären Verfassung. Anders als in Chile sprach sich jedoch im Vorfeld keine einzige relevante zivilgesellschaftliche Gruppierung dafür aus (Filgueira 1985; Gillespie 1991; Wagner 1997).

Uruguay war im südamerikanischen Vergleich das Land, in dem die Rückkehr zur Demokratie am explizitesten zwischen der Opposition und den Militärmachthabern ausgehandelt wurde, wobei das Timing weitgehend von den Streitkräften selbst vorgegeben wurde. Nach dem 1980 gescheiterten Versuch, mittels einer reformierten Verfassung eine *Democradura* (Gillespie 1990: 51) zu errichten, führte die Transition über mehrere Etappen bis zu den Wahlen Ende 1984 und dem Amtsantritt eines zivilen Präsidenten im März 1985 (Wagner 1991: 45ff.). Von Beginn der Transition an spielten die politischen Parteien auf seiten der Regimeopposition eine zentrale Rolle. Zwar wurden ab 1983 alte (Gewerkschaften) und neue (Menschenrechtsorganisationen, Studentenverbände, Genossenschaften) zivilgesellschaftliche Akteure zu Protagonisten sozialer und politischer Proteste, sie blieben gegenüber den Parteien jedoch in einer untergeordneten Position. Symptomatisch dafür war, daß das Ende 1983 entstandene Komitee, die ‚*Intersectorial*‘, aus politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteuren, auf Drängen konservativer Politiker schon

bald in eine ‚*Multipartidaria*‘ und eine ‚*Intersocial*‘ aufgeteilt wurde. Die *Multipartidaria*, der neben den Parteien nur der Gewerkschaftsdachverband angehörte, wurde zum Protagonisten der Transition, während den in der *Intersocial* zusammengeschlossenen kleineren sozialen Bewegungen keine andere Wahl blieb, als die Strategie ‚Mobilisierung – Verhandlung – Konzertierung‘ zu akzeptieren. Die gemäßigten Parteien waren im Rahmen ihrer Strategie zur Beendigung der Diktatur weniger an einer tatsächlichen Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Proteste interessiert als vielmehr daran, die Möglichkeit solcher Proteste als Verhandlungsargument gegenüber den Militärs einzusetzen (Gillespie 1991: 129ff.). Allerdings wurden an dem in der Endphase der Transition beschlossenen und über die Gründungswahlen hinaus zunächst weitergeführten Konzertierungsprozeß zu Fragen der zukünftigen Regierungspolitik neben den Parteien auch zivilgesellschaftliche Akteure (Gewerkschaften, Studenten, Unternehmer, Genossenschaften) beteiligt (Filgueira 1985; Wagner 1991: 50f.).

Die vorautoritäre Situation in Argentinien war durch extreme Gewalt und bürgerkriegsähnliche Zustände charakterisiert, weshalb große Teile der Gesellschaft die Machtübernahme des Militärs zur Wiederherstellung von ‚Ruhe und Ordnung‘ zunächst akzeptierten. Die Legitimation des Regimes nahm jedoch in dem Maße ab, wie sich die staatliche Repression ausweitete und unkalkulierbarer wurde. Die Existenz eines klandestin agierenden Repressionsapparates, der Tausende von Menschen ‚verschwinden‘ ließ, führte zu einer ‚Kultur der Angst‘. Oppositionelle zivilgesellschaftliche Aktivitäten waren in diesem Klima bis Anfang der 80er Jahre so gut wie unmöglich. Die einzige Kraft, die es schon früh wagte, an die Öffentlichkeit zu gehen, war die Menschenrechtsbewegung. Zunächst handelte es sich nur um kleine Gruppen, allen voran die 1977 erstmals in Erscheinung getretenen und später weltweit bekanntgewordenen *Madres de Plaza de Mayo*, die von den Machthabern Auskunft über das Schicksal ihrer ‚verschundenen‘ Kinder forderten. Lange Zeit ernteten sie international mehr Aufmerksamkeit als in Argentinien selbst, wo sie zunächst weitgehend ignoriert und später selbst teilweise zu Opfern der Repression wurden (Navarro 1989). Während die Zivilgesellschaft am Boden lag, wuchsen gleichzeitig im Verlauf der Diktatur die Widersprüche innerhalb des Staatsapparates. Die vom Regime institutionalisierte Entscheidungsregel, wonach jeweils ein Drittel der politischen und administrativen Posten einer Teilstreitkraft zufiel, führte zu erheblichen Konflikten innerhalb der Militärregierung, aber auch zwischen der Regierung und den Teilstreitkräften (Birle 1995; Brysk 1994; Corradi 1987; Jelin 1985).

1979 kündigten die Militärs einen Dialog mit der Opposition an, allerdings ohne zunächst entsprechende Schritte einzuleiten. Erst nachdem eine schwere Wirtschaftskrise ab 1980 zu Protesten geführt hatte, reagierte das Regime im März 1981 mit einer vorsichtigen Liberalisierung. Nach einem Palastputsch setzten sich jedoch ab Dezember 1981 mit General Galtieri wieder die Hard-

liner durch. Die Mobilisierungskampagne des Regimes im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Großbritannien im April 1982 erwies sich dann als innenpolitischer Bumerang. Zu Beginn der militärischen Auseinandersetzung gelang es dem Regime noch einmal, durch den Appell an nationalistische Gefühle einen großen Teil der Zivilgesellschaft auf seine Seite zu ziehen. Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen verbanden ihre Unterstützung der außenpolitischen Strategie der Militärs jedoch von Anfang an mit Forderungen nach größeren politischen Freiheiten. Nach der Niederlage hatten die Militärs dann jeden Kredit verspielt. Kurz nach dem Ende des Krieges erfolgte im Juni 1982 die Aufhebung des Parteienverbots und die Ankündigung von Wahlen für Oktober 1983. Alle Versuche der Streitkräfte, Bedingungen für den Übergang auszuhandeln, lehnten die Parteien ab. Von seiten der zivilgesellschaftlichen Akteure übten die Menschenrechtsorganisationen einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Transitionsagenda aus. Sie sorgten mit ihren Aktivitäten dafür, daß das Thema Menschenrechte den Wahlkampf von 1983 beherrschte (Brysk 1994: 154ff.). Derartige Einflußmöglichkeiten waren jedoch weniger ein Zeichen zivilgesellschaftlicher Stärke als ein Symptom für die vollständige Diskreditierung der Militärs in jeder nur denkbaren Hinsicht. Insofern zeigt das Beispiel Argentinien besonders klar, daß die jeweilige Macht von Staat und Zivilgesellschaft immer relativ zu sehen ist:

„The near collapse of the state coercive apparatus increased the relative power of civil society [...]. After the defeat in Malvinas, state power was clearly in disintegration, but civil and political society still faced tough problems of democratic recomposition.“ (Stepan 1985: 331)

Die brasilianische Militärdiktatur unterschied sich in einigen Punkten grundlegend von den bislang diskutierten Fällen. Zum einen setzte sie gegenüber den zivilen Akteuren und den Institutionen der politischen Gesellschaft nicht auf eine umfassende Verbotspolitik, sondern stärker auf deren Kontrolle. Im Rahmen einer subtilen militärisch-zivilen Kooperation wurden viele konservative Politiker erfolgreich in den herrschenden Block kooptiert. Von zeitweisen Unterbrechungen abgesehen, blieb während der gesamten Militärherrschaft eine Fassade von Wahlen und eines domestizierten Kongreß erhalten. Die Aktivität der politischen Parteien wurde nicht vollständig eingefroren, sondern der Staat versuchte, ein regimeloyales Parteiensystem mit einer Regierungs- und einer ‚Oppositions‘-Partei zu etablieren. Auch in der Wirtschaftspolitik setzten die brasilianischen Militärs nicht auf Entstaatlichung, wie sie in Chile praktiziert und in Argentinien und Uruguay zumindest propagiert wurde, sondern auf eine weitere Expansion des staatlichen Sektors.

In keinem anderen Land spielte die Kirche und insbesondere der Wandel innerhalb der katholischen Kirche eine ähnlich wichtige Rolle für das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat wie in Brasilien. Wie in anderen Staa-

ten hatte auch die brasilianische Kirchenhierarchie die Machtübernahme der Militärs zunächst unterstützt. Ab Anfang der 70er Jahre traten dann jedoch die innerkirchlichen Veränderungen zutage, die sich seit dem II. Vatikanischen Konzil (1962-65) und nach der II. Gesamtlateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín (1968) ergeben hatten. Sie führten gerade auf seiten der brasilianischen Nationalkirche zu einer sozialprogressiven Position. Die Kirche übte ab Anfang der 70er Jahre deutliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen. Daneben entwickelte sich der Aufbau von kirchlichen Basisgemeinden im ganzen Land zu einer wichtigen Ressource für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Die ideologische, menschliche und materielle Unterstützung durch die Basisgemeinden war ein wichtiger Faktor für das Wachstum und die verstärkten Autonomiebestrebungen der brasilianischen Gewerkschaften. Zudem zeigte sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre, daß die Herausbildung neuer Organisationen in verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft auch zu stärkeren horizontalen Vernetzungen zwischen einzelnen Sektoren führte (Mainwaring 1986; Stepan 1989).

Von allen untersuchten Ländern wies Brasilien den mit Abstand längsten Transitionsprozeß auf. Erste Liberalisierungsschritte erfolgten 1974, bis zum endgültigen Rückzug der Streitkräfte in die Kasernen vergingen jedoch mehr als zehn Jahre. Als Präsident Geisel 1974 sein Amt antrat, existierten zwar bereits Anzeichen für eine ‚Wiederauferstehung‘ der Zivilgesellschaft, aber das Regime handelte bei seiner Entscheidung zur *abertura* (Öffnung) aus einer Position der Stärke heraus (Gillespie 1990: 68f.). Erst nach Beginn der Liberalisierung erfolgte eine schrittweise Umorientierung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von spezifischen Themen auf eine allgemeine Auseinandersetzung mit dem politischen System. Gegen Ende der 70er Jahre konnte sich ein Teil der Gewerkschaften zunehmend aus dem staatskorporatistischen Zwangskorsett befreien und auch die Unternehmerverbände traten nun für die Demokratie ein (Payne 1994). Die sozialen Bewegungen wiesen zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls eine beeindruckende Vielfalt und Organisationsfähigkeit auf. Die in zunehmendem Maße miteinander vernetzten Aktivitäten der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure für eine Demokratisierung des politischen Systems nahmen Anfang der 80er weiter zu und gipfelten in der mit Massenprotesten untermauerten Forderung nach direkten Präsidentschaftswahlen im Jahr 1984. Es gelang der Opposition jedoch nicht, sich mit dieser Forderung durchzusetzen. Die Transition folgte vielmehr bis zum Ende weitgehend dem Schema, dem sie von Anfang an gehorcht hatte: ein langsamer und gradueller Prozeß politischer Reformen, ausgehandelt auf der Ebene der politischen Eliten, kontrolliert von den Machthabern des autoritären Systems. Dabei spielten auch die Parteien eine wichtige Rolle, obwohl sie weitaus schwächer waren als die argentinischen, chilenischen oder uruguayischen. Insbesondere die Spaltung der von den Militärs geschaffenen Pro-Regime-Partei unterminierte deren Pläne für eine vollständig ‚von oben‘ kontrollierte Transition zum Teil. Vor die-

sem Hintergrund ist dann auch die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Akteure für den Verlauf des Transitionsprozesses nicht zu unterschätzen, denn deren Aktivitäten hatten in erheblichem Maße zum Anwachsen auch der parteipolitischen Opposition beigetragen (Hellmann 1995).

In Bolivien fand die Machtergreifung der Streitkräfte 1964 vor dem Hintergrund grundlegender Auseinandersetzungen zwischen den treibenden Kräften der Revolution – dem seitdem regierenden Movimiento Nacional Revolucionario (MNR) und der COB – statt. Die zunächst von der gesamten – linken wie rechten – Opposition begrüßte Militärdiktatur dauerte bis 1982 und damit ähnlich lang wie in Brasilien, sie zeichnete sich jedoch nicht durch einen einheitlichen Kurs aus. Auseinandersetzungen innerhalb der Streitkräfte führten bis Anfang der 70er Jahre zu mehreren Palastputschen und einer chaotisch-revolutionären Phase 1971, bevor sich das autoritäre Regime unter General Banzer (1971-78) stabilisieren konnte. Die COB blieb trotz der staatlichen Repression ein mächtiger Akteur, dessen Widerstand gegen die Diktatur nie ganz verlöschte. Daneben konnten sich aufgrund des weitgehenden Verbots politischer Parteien auch die regionalen Bürgerkomitees (*Comités Cívicos*) als politische Akteure profilieren (Conaghan/Malloy 1994; Laserna 1985 u. 1992).

Zivilgesellschaftliche Akteure spielten in Bolivien für Beginn und Verlauf des Transitionsprozesses eine zentrale Rolle. Der im Dezember 1977 begonnene Hungerstreik von vier Minenarbeiterfrauen wurde zum Auslöser der Transition. Er weitete sich rasch aus, und nach wenigen Wochen sorgten etwa 1.200 Hungerstreikende für weltweite Aufmerksamkeit und internationale Solidaritätsbekundungen. Die Regierung Banzer akzeptierte nach kurzen Verhandlungen mit der Opposition die Durchführung von Wahlen im Jahr 1978. Zwar wurden diese Wahlen auch tatsächlich durchgeführt, aber erst im Oktober 1982 konnte eine zivile Regierung auf Dauer die Macht übernehmen. Dazwischen lagen vier Jahre, die durch erneute militärische Machtübernahmen, provisorische Regierungen, neuerliche Wahlen und eine zunehmend chaotische politische und ökonomische Situation gekennzeichnet waren. Der Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteure für die Demokratie trug entscheidend dazu bei, daß es keiner Fraktion der Militärs gelang, sich auf Dauer an der Macht zu halten. Neben den Gewerkschaften und den regionalen Bürgerkomitees engagierten sich in der Endphase der Diktatur auch die Privatunternehmer stärker für einen politischen Systemwandel (Conaghan/Malloy 1994: 70ff.; Laserna 1992: 45ff.). Den entscheidenden Impuls für den endgültigen Zusammenbruch der Diktatur gab jedoch die COB. Am 16.9.1982 erklärte sie für das ganze Land einen unbefristeten Generalstreik und forderte von den Streitkräften die Übergabe der Macht an die Sieger der Wahlen von 1980. Nur 21 Stunden später erkannten die Militärs die Legitimität dieser Wahlen an und kündigten ihren Rücktritt an. Wenige Wochen später, am 10.10.1982, übernahm der zivile Präsident Siles die Macht (Laserna 1985).

Zweifellos haben die südamerikanischen Militärregime die Rahmenbedingungen der Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft, politischer Gesellschaft, ökonomischer Gesellschaft und Staat grundlegend verändert und damit auch Weichenstellungen für die Zeit nach dem Ende der Diktaturen vorgenommen. Von besonderer Bedeutung waren die folgenden Entwicklungen:

1. Zwar gelang es den Streitkräften in keinem Land, die Gesellschaften auf Dauer zu demobilisieren, aber ihre Politik führte zu einem Gestaltwandel der Zivilgesellschaften. Es kam zu Machtverschiebungen im Verhältnis der Interessengruppen von Arbeit und Kapital, wobei dies zum Teil auf eine Schwächung der Gewerkschaften (Argentinien, Uruguay), zum Teil eher auf eine Stärkung und Professionalisierung der Unternehmerverbände (Bolivien, Brasilien) und in Chile auf beide Tendenzen zurückzuführen war. Zudem verschlechterte sich innerhalb der Privatwirtschaft die Position derjenigen Klein- und Mittelunternehmen, deren Interessen mit der staatszentrierten Matrix in Verbindung standen. Eine Neuauflage früherer ‚klassenüberschreitender‘ Verteilungskonkordien war damit unwahrscheinlich.
2. Neue zivilgesellschaftliche Akteure und mit ihnen oft zuvor unpolitische Personen betraten die politische Bühne, zum Teil als direkte Reaktion auf die Politik der Militärs (Menschenrechtsorganisationen), zum Teil als Reaktion auf zunehmende soziale Probleme (Nachbarschaftsorganisationen, Landbesetzerbewegungen), zum Teil im Zuge allgemeiner Prozesse des sozialen Wandels (Frauenorganisationen).
3. Paradoxerweise führte die autoritäre Herrschaft – die Erfahrung der Repression, die Kultur der Angst, die Blockade klientelistischer und staatskorporatistischer Netzwerke – zur Entwicklung weniger staatsfixierter zivilgesellschaftlicher Akteure. Mit ihren Versuchen, die Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen, trugen die Diktaturen somit unwillentlich zu einer Stärkung des gesellschaftlichen Pluralismus bei. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem autoritären Staat entwickelten sich in der Zivilgesellschaft neue Stile der politischen Auseinandersetzung und veränderten sich die kollektiven Normen und Werte im Sinne einer (neuen) Wertschätzung für Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Tabelle 1: Die Militärregime in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile und Uruguay – Entstehungszusammenhang und Merkmale der Transition

	Argentinien 1976-83	Bolivien 1964-82	Brasilien 1964-85	Chile 1973-90	Uruguay 1973-85
Dauer der Diktatur	1976-83	1964-82	1964-85	1973-90	1973-85
ENTSTEHUNGS-ZUSAMMENHANG					
Industrialisierungsgrad	Hoch	sehr niedrig	mittel	mittel	mittel
Organisierungsgrad gesellschaftl. Interessen	Hoch	mittel	hoch	hoch	mittel
Strukturiertheit des Parteiensystems	Mittel	mittel	niedrig	hoch	hoch
Grad der sozialen Mobilisierung	hoch	mittel	hoch	sehr hoch	mittel
Grad der Bedrohung des gesellschaftlichen Status Quo	mittel	mittel	mittel	hoch	niedrig
MERKMALE DER TRANSITION					
Beginn der Transition	1982	1978	1974	1988	1980
Auslöser der Transition	militär. Niederlage 15 Monate Rückzug der autoritären Machthaber	Soziale Proteste 4 Jahre chaotisch	autoritäre Machthaber 11 Jahre verhandelt/abgewickelt	Niederlage bei Plebiszit 2 Jahre paktiert	Niederlage bei Plebiszit 4 Jahre paktiert
Dauer der Transition					
Art der Transition					
Einfluß der autoritären Machthaber auf den Verlauf der Transition	gering	mittel	hoch	sehr hoch	mittel/hoch
Einfluß zivilgesellschaftl. Akteure auf den Verlauf der Transition	gering/mittel	mittel/hoch	mittel	gering	gering
Einfluß polit. Parteien auf den Verlauf der Transition	mittel	gering	mittel	hoch	hoch

Quelle: Zum Entstehungszusammenhang vgl. Nohlen 1986: 7.

In Tabelle 1 sind einige Merkmale der hier diskutierten neueren südamerikanischen Militärregime zusammengestellt. Trotz zum Teil gravierender Unterschiede zwischen den einzelnen Fällen ist für alle Länder zu konstatieren, daß zivilgesellschaftliche Akteure nur einen zeitlich und sachlich begrenzten Einfluß auf den Verlauf der Transition ausüben konnten, da die politischen Parteien im Zusammenspiel mit den autoritären Machthabern meist unmittelbar nach Beginn der Liberalisierung die weitere Entwicklung dominierten. Eine gewisse Ausnahme stellen in dieser Hinsicht Bolivien und Brasilien dar. In Argentinien übten zivilgesellschaftliche Akteure in der Endphase der Transition bedeutenden Einfluß auf die Themenpalette des Wahlkampfes vor den ersten freien Wahlen aus. Als direkter Auslöser der Transition spielten zivilgesellschaftliche Akteure nur in Bolivien eine wichtige Rolle. Allerdings waren die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in allen Ländern wichtig für die Überwindung der ‚Kultur der Angst‘ sowie zur Wiederherstellung und Bewahrung öffentlicher Räume.

V. Die Situation der Zivilgesellschaft nach der Rückkehr zur Demokratie

‚Rückkehr zur Demokratie – Ende der Zivilgesellschaft?‘, so fragte vor einiger Zeit ein Beobachter der postautoritären Situation in Chile (Oxhorn 1995: 270). Ähnliche Stimmen waren auch aus anderen ‚neuen Demokratien‘ zu hören. Schon kurze Zeit nach der Redemokratisierung war Mitte der 80er Jahre vielerorts von ‚desencanto‘, von Ernüchterung gegenüber der Demokratie die Rede. Die vielbeschworene ‚Wiederauferstehung der Zivilgesellschaft‘ sei ein kurzlebiges Phänomen gewesen, ihr folge nun eine gleichermaßen dramatische Ausbreitung von politischer Apathie und Mißtrauen. Die Gründe für derartige Klagen lagen auf der Hand: Die gesellschaftliche Mobilisierung ging nach dem Ende der autoritären Herrschaft zurück, die politischen Parteien und Eliten bestimmten wieder weitgehend allein das Geschehen auf der großen politischen Bühne und viele zivilgesellschaftliche Akteure erfuhren eine mangelhafte Responsivität von Regierungen und politischen Parteien gegenüber ihren Anliegen. Die konkreten Partizipationsmöglichkeiten blieben weit hinter den Partizipationserwartungen zurück (Colombo/Palermo 1985; Munck 1993). Hinzu kamen ‚konjunkturelle‘ Ursachen dafür, daß viele zivilgesellschaftliche Akteure Schwierigkeiten hatten, sich in der neuen Situation zurechtzufinden: Die gemeinsame Zielscheibe des Protests war nach dem Abtritt der Generäle verschwunden. Die Trennungslinie zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘ war nicht mehr so einfach zu ziehen, Gegensätze im ‚zivilgesellschaftlichen Demokratieblock‘ wurden sichtbarer und brachen auf. Viele Aktivisten zivilgesellschaftlicher Organisationen zogen sich ins Privatleben zurück, andere wurden

von den neuen Regierungen, von Parteien, Verwaltungen und auch von privatisierten Unternehmen rekrutiert. Die während der autoritären Herrschaft kultivierten Politikstile und Strategien erwiesen sich oftmals als den neuen Rahmenbedingungen nicht mehr angemessen. Derartige Probleme der funktionalen Anpassung erfuhr beispielsweise ein Teil der argentinischen Menschenrechtsbewegung, deren nicht-verhandelbare ethisch-moralischen Standards es erschwerten, sich auf Bündnisse mit anderen Akteuren einzulassen. Versuche, die moralische Autorität weiterhin nahezu ausschließlich durch symbolische Politik zu erhalten, ohne sich auf die Imperative einer Kultur des politischen Kompromisses einzulassen, führten zu einer tendenziellen (Selbst-)Isolierung (Brysk 1994).

Ein Blick auf die gegenwärtigen politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln in Südamerika ergibt ein ambivalentes Bild. Trotz demokratischer Verfassungen und regelmäßiger Wahlen sind in den letzten Jahren Zweifel aufgekommen, ob die politischen Systeme des Subkontinents überhaupt als Demokratien eingestuft werden können und ob es sinnvoll ist, deren ‚Konsolidierung‘ zu untersuchen (Dominguez/Lowenthal 1996; Carreras 1998). Der von O'Donnell geprägte Begriff der ‚delegativen Demokratie‘ (O'Donnell 1996) ist nur einer von vielen Termini, die aus dem Unbehagen mit der ‚realexistierenden Demokratie‘ resultierten und zu einer breitgefächerten Diskussion über ‚Demokratien mit Adjektiven‘ (Collier/Levitsky 1997) führten.¹² Egal zu welchem Ergebnis man hinsichtlich einer typologischen Einordnung der politischen Systeme kommt, kaum jemand bestreitet, daß weitverbreitete Defizite wie mangelhafte Rechtsstaatlichkeit, übermächtige Exekutiven oder geringe Responsivität und accountability der zivilen Regierungen nicht dazu geeignet sind, ‚dauerhafte Demokratien‘ (Przeworski et al. 1995) zu konstruieren. Allerdings muß von Land zu Land differenziert werden, um die jeweils konkreten Defizite und deren Auswirkungen auf die Opportunitätsstruktur der zivilgesellschaftlichen Akteure aufzuzeigen.

Dies gilt auch im Hinblick auf die ökonomische Gesellschaft. Einerseits kann die weitgehende Abkehr von der staatszentrierten Entwicklungsmatrix konstatiert werden. Die neoliberalen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitiken haben die sozio-ökonomische Situation des Subkontinents grundlegend verändert. Neben neoliberalen ‚Musterknaben‘ wie Chile, Argentinien und mit Abstrichen Bolivien gibt es aber auch ‚Nachzügler‘ wie Uruguay und Brasilien.¹³ Die gesellschaftlichen Folgen der neoliberalen Politik hat Lechner mit dem Begriff der ‚Marktgesellschaft‘ umschrieben. Die rasante Einführung kapitalistischer Marktwirtschaften in Gesellschaften, die sich nicht in ausreichendem Maße auf zuvor existierende solidarische Werte stützen konnten, habe zur Herausbildung von Gesellschaften geführt, in denen egoistische Kosten-Nutzen-Kalküle fast die gesamten sozialen Verhaltensweisen dominierten. Ein neuer Typ von Individualismus dehne sich aus, der die früheren Formen von

Gesellschaftlichkeit nicht mehr zu schätzen wisse. Gemeinschaftliche Organisationen, auf Gegenseitigkeit basierende Verbindungen und ethische Motive seien auf dem Rückzug (Lechner 1994). Die Gesellschaften seien von einer Tauschmentalität durchzogen, womit letztendlich der ‚animus societatis‘, die soziokulturelle Grundlage der Demokratie, untergraben werde (Lechner 1996: 42). Um der Frage nachzugehen, inwieweit ein derart skeptisches Szenario tatsächlich mit der Realität übereinstimmt, erfolgt auf den nächsten Seiten zunächst ein etwas differenzierterer Blick auf die einzelnen weiter oben untersuchten Länder. Dabei sollen grundlegende sozio-ökonomische Divergenzen, wie sie in Tabelle 2 nur angedeutet werden können, nicht außer acht gelassen werden.

Tabelle 2: Sozio-ökonomische Kerndaten für Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile und Uruguay

	Argentinien	Bolivien	Brasilien	Chile	Uruguay
Bevölkerung in Mio.(1996)	35,2	7,6	161,3	14,4	3,2
Ranking im Human Development Index (1998)	36	116	62	31	38
BSP pro Kopf (in US-\$) (1996)	8380	830	4400	4860	5760
Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)	0.48	0.53	0.59	0.56	0.43
durchschn. Wachstum des BIP (in %):					
1981-90	-0,9	0	+1,4	+2,6	+0,3
1990-96	+5,8	+3,9	+2,9	+7,0	+3,8
durchschn. Inflationsrate 1990-96 (in %)	15,8	10,5	675,4	13,6	49,8
Inflationsrate 1996 (in %)	0,1	8,0	9,3	6,6	24,3
Inflationsrate 1997 (in %)	0,3	6,7	7,5	6,0	15,2
Auslandsschuld (1996) (in Mrd. US-\$)	105,4	5,5	185	23,0	7,4
Auslandsschuld/Exporte (in %)	334	405	314	117	175

Quellen: Bevölkerung, Inflation 1981-90 u. 1990-96, BIP und BSP: Bodemer et al. 1998; Gini-Koeffizienten: IDB 1998; Human Development Index: <http://www.undp.org/hdro/98hdi.htm>; Inflationsrate 1996 und 1997: <http://www.dbla.com>

Chile ist das einzige Land, in dem der Regimewechsel nach der Durchsetzung des neoliberalen Entwicklungsleitbildes stattfand. Dieser Kurs wurde von den demokratisch gewählten Regierungen grundsätzlich weiterverfolgt, mit leichten Akzentverschiebungen bei der Armutsbekämpfung sowie der Arbeits- und Sozialpolitik. Die makroökonomische Entwicklung verlief bislang erfolgreich, nicht zuletzt aufgrund eines weitreichenden Elitenkonsenses über die Wirtschaftspolitik und die für lateinamerikanische Verhältnisse sehr effizienten Implementierungskapazitäten der Regierung. Allerdings weist das Land nach Brasilien die ungünstigste Einkommensverteilung der untersuchten Länder auf. Die Regierungsgeschäfte liegen seit der Redemokratisierung in den Händen einer ‚großen Koalition‘ früherer politischer Gegner, der christdemokratischen und der sozialistischen Partei. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern haben die von ihnen geführten Administrationen weder mit Dekreten regiert, noch sahen sie sich mit größeren Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Funktionierende staatliche Institutionen, der Wiederaufbau eines bereits vor der Diktatur stark institutionalisierten Parteiensystems, der makroökonomische Erfolg des eingeschlagenen Entwicklungsweges, ein vor allem in den ersten Jahren nach dem Ende der Diktatur weitverbreitetes Konsensbedürfnis innerhalb des demokratischen Lagers sowie die Tatsache, daß wohl in keinem südamerikanischen Land die neoliberalen Werte derart gesellschaftlich internalisiert wurden wie in Chile (Messner/Scholz 1997: 48ff.), sorgten dafür, daß zivilgesellschaftliche Akteure nach dem Ende der Diktatur in der politischen Öffentlichkeit wenig präsent waren. Dies gilt vor allem für die ressourcenarmen, informellen Akteure der Zivilgesellschaft, während konservative Akteure wie die katholische Kirche und die Unternehmerverbände durchaus dazu in der Lage waren, sich bei politischen Auseinandersetzungen Gehör zu verschaffen.

Wenn im Hinblick auf Uruguay gelegentlich von einer ‚Restauration‘ des vorautoritären politischen Systems gesprochen wird, so gilt dies in gewisser Hinsicht auch für das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, politischer Gesellschaft und Staat. Die bislang drei postautoritären Regierungen haben eine ganze Reihe von politischen und ökonomischen Reformen realisiert, ohne dabei solch gravierende Kurswechsel zu vollziehen, wie das im Nachbarland Argentinien der Fall war. Es waren nicht zuletzt zivilgesellschaftliche Initiativen in Form von Plebisziten, die wiederholt einen allzu abrupten Wandel verhinderten, z.B. bei der Privatisierung von Staatsbetrieben. Die ‚uruguayische Langsamkeit‘, zurückzuführen auch auf das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung (das Durchschnittsalter der Wählerinnen und Wähler bei den Wahlen von 1994 betrug 42 Jahre; 600.000 der etwa drei Millionen Uruguayer befinden sich im Rentenalter), wird inzwischen wieder eher als Tugend betrachtet, während in den 80er und frühen 90er Jahren viele Klagen über einen ‚Reformstau‘ zu hören waren (Filgueira/Papadópulos 1997). Der Niedergang der Gewerkschaften und das Auftreten neuer sozialer Bewegungen sind Phänomene, die auch in Uruguay zu beobachten waren. Eine Besonderheit des Landes

ist neben der traditionell großen Autonomie dieser Akteure und der nach dem Ende der Diktatur langsam wiederentdeckten zivilen politischen Kultur die starke Präsenz der Linken innerhalb der politischen Gesellschaft. Der linke Frente Amplio stellt seit 1990 den Bürgermeister der Hauptstadt Montevideo, wo gut ein Drittel der Bevölkerung des Landes lebt. Im Zuge einer Verwaltungsreform entstanden in der zuvor sehr zentralistisch regierten Stadt neue Spielräume für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, beispielsweise in den Nachbarschaftsräten und Gemeindezentren.

Die Wiedergeburt der Zivilgesellschaft in Argentinien im Verlauf der vergleichsweise kurzen Transition mündete in erhebliche Mobilisierungen in der Anfangsphase der ersten demokratischen Regierung unter Präsident Alfonsín. Insbesondere die Menschenrechtsbewegung war in dieser Zeit sehr aktiv. Eine Reihe bekannter Intellektueller machte der Präsident, der einen stark ethisch-moralisch geprägten Diskurs pflegte, zu seinen Beratern (Hollensteiner 1998). Eine Erlahmung dieser Art zivilgesellschaftlichen Engagements war spätestens seit 1987 zu bemerken, wobei Enttäuschung über die mangelnde Responsivität der Regierung sowie zunehmende ökonomische und soziale Krisensymptome eine wichtige Rolle spielten. Eine andere Art zivilgesellschaftlichen Engagements machte der Regierung von Anfang an das Leben schwer: Es gelang ihr nur vorübergehend, zu einem einigermaßen tragbaren *modus vivendi* mit den peronistischen Gewerkschaften zu finden, die immer wieder die Rolle einer Ersatzopposition für die kriselnde peronistische Partei übernahmen. Dreizehn Generalstreiks trugen mit dazu bei, die Regierbarkeit zu untergraben, und die Unkontrollierbarkeit der sozialen Situation zwang die Administration letztendlich zu einem vorzeitigen Rücktritt. Im Unterschied zu Chile und Uruguay, wo sich die politische und ökonomische Entwicklung seit dem Ende der Diktatur durch eine relative Kontinuität auszeichnete, führte der Regierungswechsel von Alfonsín zu Menem in Argentinien zu einem Bruch. Im Gegensatz zu der relativ verantwortlichen und responsiven Regierung Alfonsín legte die Menem-Administration einen Regierungsstil an den Tag, der weitestgehend dem von O'Donnell beschriebenen Typus der ‚delegativen Demokratie‘ entsprach. Die makroökonomische Stabilisierung nach zwei Hyperinflationen sorgte jedoch dafür, daß große Teile der argentinischen Gesellschaft und der politischen Klasse diesen Stil zumindest duldeten. Für die Zivilgesellschaft und paradoxerweise gerade für die peronistischen Gewerkschaften bedeutete die Menemsche Politik eine massive Einschränkung ihres politischen Gewichts und ihrer Handlungsspielräume. Zumindest teilweise überwunden geglaubte korporatistische und klientelistische Praktiken griffen um sich. Insbesondere schwächere Gruppen mußten sich auf solche Beziehungsmuster einlassen, wenn sie von den politischen Entscheidungsträgern nicht ganz ignoriert werden wollten (Birle 1995; Bodemer/Carreras 1997; Grüner 1991). Korruption, Klientelismus und Korporatismus etatisierten und marginalisierten weite Teile der neuentstandenen Zivilgesellschaft.

Auch die brasilianische Zivilgesellschaft, die im Verlauf des Transitionsprozesses auf dem lateinamerikanischen Subkontinent die größten Mobilisierungserfolge erzielt hatte, erlebte nach dem Regimewechsel zunächst ein Abflauen der Aktivitäten. Zivilgesellschaftliche Akteure stellten in den darauffolgenden Jahren jedoch wiederholt eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis. Dies gilt z.B. für die Diskussion um eine neue Verfassung in den Jahren 1987/88. Ein Netzwerk aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Basisgemeinden sammelte während des Reformprozesses mehr als zwölf Millionen Unterschriften und legte weit über hundert Änderungsanträge vor. Einige der geforderten sozialen Garantien wurden tatsächlich in den neuen Verfassungstext aufgenommen (Hellmann 1995: 20ff.). Auch das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Collor im Jahr 1992 war begleitet von starker zivilgesellschaftlicher Mobilisierung. Brasilien weist von allen untersuchten Ländern das am schwächsten institutionalisierte Parteiensystem auf. Gleichzeitig verfügt das Land mit der Anfang der 80er Jahre entstandenen Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores; PT) über eine politische Kraft, die sich durch große Responsivität gegenüber zivilgesellschaftlichen Forderungen auszeichnet, etwa denen der ‚neuen‘ autonomen Gewerkschaften oder der Landlosenbewegung (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra; MST). Dies liegt nicht zuletzt daran, daß der PT ursprünglich aus den sozialen Bewegungen hervorgegangen ist. Der inzwischen dreimal relativ knapp unterlegene Präsidentschaftskandidat des PT, Luis Inacio ‚Lula‘ da Silva, konnte sich im Wahlkampf regelmäßig auf die Unterstützung der ‚anderen Zivilgesellschaft‘ verlassen.

Zur stärksten politischen Bewegung des Landes hat sich in den vergangenen Jahren das MST entwickelt. Mit direkten, gewaltlosen Aktionen wie Landbesetzungen, Straßenblockaden und Protestmärschen ist es dem auf politische Autonomie bedachten MST seit seiner Gründung 1979 unter anderem gelungen, die öffentliche Meinung zum Thema Agrarreform grundlegend zu verändern und eine große Mehrheit der Bevölkerung für entsprechende Maßnahmen zu gewinnen. Trotz aller Erfolge derartiger zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zeigen andererseits Massaker gegen Landlose wie das von Corumbiara 1995 oder Eldorado do Carajás 1996, daß das mit Abstand größte Land Südamerikas noch weit davon entfernt ist, eine durch Rechtsstaat und Demokratie gestützte zivile Gesellschaft zu sein. Brasilien weist nicht nur von allen Ländern des Kontinents die krasseste soziale Ungleichheit auf, es bietet vor allem in den großen Städten auch die erschreckendsten Beispiele für die Zunahme von – staatlicher und gesellschaftlicher – Gewalt.

Bolivien ist von den fünf untersuchten Ländern mit Abstand das ärmste, das BSP pro Kopf macht gerade einmal ein Zehntel des argentinischen Vergleichswertes aus. Mit sieben Militärregierungen und zwei labilen zivilen Administrationen zwischen 1978 und 1982 verlief die dortige Transition zur Demokratie äußerst chaotisch. Begleitet war sie von einer schweren Wirtschafts-

krise, die auch die erste postautoritäre Regierung unter Präsident Hernán Siles Suazo nicht in den Griff bekam. Bezeichnend für das Verhältnis zwischen ziviler und politischer Gesellschaft in Bolivien war die Tatsache, daß die gleichen Akteure, die 1982 das endgültige Ende der Diktatur herbeiführten, auch für ein vorzeitiges Ende der Regierung Siles sorgten: Der Gewerkschaftsdachverband COB, dessen Forderungen nach *cogobierno* und *cogestión laboral* von der Regierung abgelehnt wurden, begann im Dezember 1984 einen vierzehntägigen Generalstreik aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik und erzwang damit einen Rücktritt der Regierung und vorzeitige Neuwahlen (Laserna 1992). Seit 1985 fanden dann verschiedene Entwicklungen statt, die innerhalb der Zivilgesellschaft zu deutlichen Kräfteverschiebungen führten. Die Orientierung an einem neoliberalen Entwicklungsleitbild und insbesondere die mit der Privatisierung der Minen einhergehende Entlassung Tausender Bergleute führte zu einer strukturellen Schwächung der COB. Andere zivilgesellschaftliche Akteure, allen voran die Interessenvertretungen der indigenen Bevölkerung, machten seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch öffentlichkeitswirksame Aktionen vermehrt auf ihre Anliegen aufmerksam. Die insgesamt gewachsene Sensibilität für die Belange der *indigenas* trug mit dazu bei, daß mit Víctor Hugo Cárdenas von 1993 bis 1997 der erste Aymara in der Geschichte des Landes das Amt des Vizepräsidenten bekleidete. Der in diesen Jahren regierende Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada gab mit einem ambitionierten und umfassenden Modernisierungsprogramm eine Fülle von Anstößen für gesellschaftliche Reformen (IIK 1996). Paradoxerweise wurden diese Reformen, die von ihren Zielsetzungen her gerade auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft hinauslaufen sollten (Dezentralisierung, Volksbeteiligung, Erziehungsreform, etc.), ohne Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure verabschiedet. Trotz allgemeiner Partizipationsfortschritte und insbesondere verbesserter politischer Beteiligungsmöglichkeiten für die indigene Bevölkerung im Zuge des Volksbeteiligungs- und des Dezentralisierungsgesetzes hat auch die bolivianische Realität nach wie vor nur wenig mit den Tocquevillschen Vorstellungen einer Zivilgesellschaft gemein. Armut, soziale Ungleichheit, Korruption, Klientelismus, Gewalt – diese Phänomene dominieren große Teile des bolivianischen Alltags und lassen positive zivilgesellschaftliche Ansätze immer wieder in den Hintergrund rücken (Birle 1997a u. b).

Die skizzierte Entwicklung der Zivilgesellschaften in Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien und Bolivien hat gezeigt, daß das von Lechner entworfene Negativszenario insofern überzeichnet ist, als auch im heutigen Südamerika eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Assoziationen aktiv ist. Neben ‚alten‘ Akteuren wie den Gewerkschaften, den Unternehmer- und Berufsverbänden existiert eine Fülle von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs): Arbeitslosigkeit, Armut, Bürgerrechte, Frauen, Gewalt, Homosexualität, indigene Völker, Landlose, Korruption, Menschenrechte, regionale Integration, Schwarze, Straßenkinder, Umwelt – es

dürfte kaum ein Thema zu finden sein, das in den vergangenen Jahren nicht zum Gegenstand kollektiven Handelns wurde.¹⁴ Insofern ist ein wachsender zivilgesellschaftlicher Pluralismus zu konstatieren, der in vielfältiger Weise zur ‚Vertiefung‘ der Demokratie, zu einer verbesserten Qualität der Demokratie beiträgt:

- Eintreten für Rechte: Der Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteure für Bürger-, Menschen- und Minderheitenrechte dient dem Schutz des Individuums vor Übergriffen des Staates, sichert autonome lebensweltliche Räume und trägt zur Herausbildung von zivilen Tugenden wie Toleranz und Respekt vor dem ‚Anderen‘ bei. Gerade angesichts des traditionell geringen Schutzes individueller Rechte in Lateinamerika sind derartige Aktivitäten ein wichtiger Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung (Jelin/Hershberg 1996).
- Förderung ‚alternativer Modernen‘: Die indigenen Völker Südamerikas haben sich seit einigen Jahren verstärkt kollektiv organisiert und setzen sich für eine Berücksichtigung ihrer Rechte ein (von Gleich 1997). Umgekehrt haben Regierungen sich darum bemüht, Voraussetzungen für eine verbesserte Integration der eingeborenen Bevölkerung zu schaffen. In der reformierten bolivianischen Verfassung beispielsweise ist ausdrücklich die Rede von einem ‚multiethnischen Gemeinwesen‘, was gegenüber der jahrzehntelang verfolgten Assimilierungsstrategie ein großer Fortschritt ist. Ähnliches gilt für die rechtliche Anerkennung traditioneller indigener Organisationsformen im Rahmen des sogenannten Volksbeteiligungsgesetzes. Derartige Politiken schaffen zumindest ansatzweise Möglichkeiten für die indigene Bevölkerung, sich stärker der liberalen Demokratie zuzuwenden, ohne damit die eigenen Wurzeln verleugnen zu müssen (Rojas Ortuste 1994).
- (Wieder-)Herstellung von Öffentlichkeit: Costa hat für Brasilien auf die unterschiedlichen Formen hingewiesen, mittels derer zivilgesellschaftliche Akteure zur (Re-)Konstituierung einer demokratischen Öffentlichkeit beitragen. Dazu gehört die Erzeugung von Gegenöffentlichkeit, die Erweiterung des in der Öffentlichkeit thematisierten Problemspektrums sowie die Förderung der in der Lebenswelt verankerten Kommunikationsmöglichkeiten (Costa 1997: 62ff.).
- Politische Partizipation: Dies ist die ‚klassische‘ Form des Handelns von Interessengruppen. Die Mitarbeit der Sozialpartner in vom Staat eingerichteten tripartistischen Konzertierungsgremien, wie sie von vielen Regierungen seit den 80er Jahren eingerichtet wurden (Birle 1999), zählt genauso dazu wie traditionelles Lobbying, die Anhörung von Verbänden im Rahmen der Gesetzgebung oder die Partizipation in staatlichen Verwaltungsausschüssen. Derartige Gremien wurden im Zuge der neueren Dezentrali-

sierungsprozesse vielerorts eingerichtet und geben zivilgesellschaftlichen Akteuren die Möglichkeit, an der Planung, Durchführung und Kontrolle staatlicher Politiken in Bereichen wie Erziehung und Kultur mitzuwirken (IIK 1996; Chalmers et al. 1997; Cunill Grau 1997; Maihold 1998).

- Cultural politics: Der ‚Erfolg‘ zivilgesellschaftlicher Akteure sollte nicht allein daran gemessen werden, inwieweit sie dazu in der Lage sind, Interessen und Forderungen gegenüber der politischen Gesellschaft und dem Staat durchzusetzen, auf die Öffentlichkeit einzuwirken oder Protest zu mobilisieren. Stärker in die Lebenswelt hineinreichende Aktivitäten, die beispielsweise der kulturellen Rückvergewisserung der indigenen, der schwarzen oder der weiblichen Bevölkerung oder der Bekämpfung des traditionellen gesellschaftlichen Autoritarismus dienen, sind zwar in ihrer unmittelbaren Wirkung nur schwer zu messen, in ihren mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die Herausbildung und den Erhalt einer demokratischen politischen Kultur jedoch nicht zu unterschätzen (Alvarez/Dagnino/Escobar 1998b).

Solchen positiven Tendenzen stehen zahlreiche Probleme und Defizite gegenüber, die sich zum einen auf die Zivilgesellschaften, zum anderen auf einzelne zivilgesellschaftliche Akteure beziehen:

- Fragmentierter Pluralismus der Verbändesysteme: Wachsende Unabhängigkeit gegenüber dem Staat, weniger ideologische Grabenkämpfe als in früheren Jahren und mehr Pragmatismus auf seiten der ‚Sozialpartner‘ stellen die positive Seite dieser Entwicklung dar. Die negative lautet: sinkende Aggregation gruppenspezifischer Interessen, zunehmende Verbandsabstimmigkeit und Verbandsflucht. Was bereits während der Diktaturen begann, hat sich im Zuge der Realisierung neoliberaler Politiken verstärkt: Die gewerkschaftlichen Organisationsgrade gehen weiter zurück und die Kräfteverhältnisse zwischen den Interessenvertretungen von Arbeit und Kapital haben sich eindeutig zugunsten der Unternehmerverbände verschoben. Auf seiten der Privatwirtschaft haben frühere Bedrohungsperzeptionen dadurch an Bedeutung verloren und die Bereitschaft zur Akzeptanz demokratischer Regime ist gestiegen, aber die Dominanz unternehmerischer Interessen verhindert eine Entwicklung von formalen zu stärker egalitären Demokratieformen und trägt dazu bei, daß die politischen Systeme nur sehr eingeschränkt dazu in der Lage sind, eine Leistungslegitimität gegenüber der Bevölkerung zu erwerben (ausführlicher: Birle 1999).
- Fortbestand überkommener klientelistischer und (neo-)populistischer Politikmuster: Die Herausbildung neuer ‚assoziativer Netzwerke‘ ist nicht abzustreiten, derartige Formen der Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen können jedoch nicht darüber

hinwegtäuschen, daß auch ‚alte‘ Erscheinungsformen der lateinamerikanischen Politik nach wie vor präsent sind, wenn auch oft in neuem Gewand (Oxhorn 1998). O'Donnell geht sogar so weit, Partikularismus und Klientelismus als zwei außerordentlich wichtige (informelle) Institutionen der lateinamerikanischen Polyarchien zu bezeichnen (O'Donnell 1997), verkennt aber auch nicht deren negative Wirkungen auf Rechtsstaat und Demokratie.

- Probleme der Repräsentativität, Legitimation, inhaltlichen und finanziellen Autonomie, Kompetenz sowie der demokratischen Qualität zivilgesellschaftlicher Akteure: Mit derartigen Fragen sehen sich nicht zuletzt die immer zahlreicher agierenden NGOs konfrontiert (Koschützke 1994). Auch die ‚NGOisierung‘ sozialer Bewegungen im Sinne einer Verdrängung der selbst handelnden Betroffenen durch international alimentierte ‚Politprofis‘ gilt inzwischen als ernsthaftes Problem (Alvarez 1998).
- Dilemmata infolge der Mitwirkung an staatlichen Entscheidungsprozessen: Zwischen der Skylla einer selbstreferentiellen politischen Isolation zum Erhalt der eigenen Autonomie und der Charybdis einer politischen Beteiligung mit der Gefahr des Identitätsverlustes den richtigen Weg zu finden, ist nicht einfach, wie Erfahrungen mit der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an staatlichen Planungs- und Implementierungsverfahren in Bolivien und Brasilien zeigen (Blanes 1998; Costa 1997). Die gleichen Studien machen zudem auf die Gefahr einer staatlichen Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Partizipation für die politische Legitimationsbeschaffung aufmerksam.
- Zunahme ‚unziviler‘ Verhaltensformen infolge von wachsender Armut und sozialer Ausgrenzung: Ein Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas muß am Ende des 20. Jahrhunderts mit einem Tageseinkommen von weniger als zwei US-Dollar auskommen. Der Subkontinent weist im globalen Vergleich die mit Abstand ungleichste Einkommensverteilung auf (IDB 1998). Gewalt, Kriminalität, innere Unsicherheit und soziale Anomie nehmen zu. Niemand weiß, wann das Minimum an sozialer Kohäsion unterschritten wird, das für jede Gesellschaft überlebensnotwendig ist. Pluralisierungs- und Demokratisierungstendenzen in zivilgesellschaftlich organisierten Teilbereichen verlieren aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive jedoch an Bedeutung, wenn der Anteil der ‚nicht-zivilen‘ Gesellschaft ständig weiter zunimmt.

VI. Schluß

Welches abschließende Fazit läßt sich aus diesen Tendenzen für den Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und demokratischer Konsolidierung in den fünf untersuchten südamerikanischen Ländern ziehen? Zunächst muß mit Philippe C. Schmitter noch einmal daran erinnert werden, daß jede Zivilgesellschaft eine Mischung aus positiven und negativen Wirkungen hervorbringt (Schmitter 1997: 248). Hält man sich außerdem vor Augen, daß etwa Larry Diamond in einer neuen Publikation dreizehn positive zivilgesellschaftliche Funktionen für eine funktionierende Demokratie unterscheidet und ein halbes Dutzend mögliche Gefährdungselemente nennt (Diamond 1999: 239ff.), so wird um so deutlicher, wie schwierig allgemeine Aussagen über die Zivilgesellschaft eines Landes zu treffen sind.

Für alle untersuchten Länder gilt, und dies ist vor allem im globalen Vergleichsmaßstab keine Selbstverständlichkeit, daß sie auch viele Jahre nach dem Ende der autokratischen Regime über außerordentlich dichte und vielfältige Zivilgesellschaften verfügen. Viele der zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in regionale und internationale Netzwerke integriert und partizipieren aktiv an den dort geführten Diskussionen. Die Annahme, nach der Rückkehr zur Demokratie flauere das zivilgesellschaftliche Engagement völlig ab, kann für Südamerika als widerlegt gelten, auch wenn die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in der Zwischenzeit vielfältigen Veränderungen unterlagen und manche Krise durchliefen. Verglichen mit der Situation vor Beginn der letzten Diktaturen ist für alle Länder eine größere zivilgesellschaftliche Vielfalt und Dichte sowie eine insgesamt demokratieförderlichere politische Kultur zu konstatieren. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich wie im Falle Boliviens um ein sehr armes Land oder wie im Falle Argentiniens, Chiles und Uruguays um für südamerikanische Verhältnisse eher wohlhabende Länder handelt. Trotzdem haben wir es im bolivianischen Fall mit der wohl ungünstigsten zivilgesellschaftlichen Konstellation zu tun. Dies liegt insbesondere daran, daß Ziviltugenden wie Toleranz und Pragmatismus bei den nach wie vor wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteuren des Landes, den Gewerkschaften, nur sehr schwach ausgeprägt sind. Von einer ‚Schule der Demokratie‘ kann im Hinblick auf das Wirken dieser Akteure ganz und gar nicht die Rede sein. Auch die Entfremdung zwischen Zivilgesellschaft und Staat ist in Bolivien sehr stark. Hinzu kommt eine extreme finanzielle Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern. Zudem droht bei einer weiteren Eskalation der Drogenproblematik ein Abdriften eines Teils der noch zur Zivilgesellschaft zu rechnenden Akteure in das terroristische Lager. Den Gegenpol zu Bolivien bildet unter den fünf untersuchten Ländern Uruguay, ein Land mit langen pluralistischen Traditionen und einer relativ toleranten politischen Kultur. Auch in puncto Kor-

ruption – eine wenig korrupte bürokratische Kultur gilt als guter Nährboden für eine aktive Zivilgesellschaft – schneidet Uruguay wesentlich besser ab als Bolivien, das im letzten Korruptionsindex von Transparencia Internacional (1998) unter 85 Ländern Rang 69 belegt, mit einem Wert von 2.8, wobei der Wert 0 einem völlig korrupten, der Wert 10 einem völlig integren Land entspricht. Uruguay liegt mit einem Wert von 4.3 auf Rang 42, Chile mit 6.8 Punkten auf Rang 20. Auch Brasilien (4.0 Punkte, Rang 46) und Argentinien (3.0 Punkte, Rang 61) schneiden schlechter ab als Uruguay.

Positiv im uruguayischen Fall ist zudem, daß es zumindest zwischen einem Teil der zivilgesellschaftlichen Akteure und einigen relevanten Parteien, vor allem dem Frente Amplio, ein relativ gut funktionierendes Zusammenspiel gibt, das nicht in erster Linie auf klientelistischen Mustern basiert. Eine ähnliche Beobachtung kann für Brasilien konstatiert werden, wo mit der PT ein Akteur der politischen Gesellschaft existiert, der sehr offen für zivilgesellschaftliche Belange ist. Trotzdem ist der brasilianische Fall unter den hier analysierten Ländern am schwersten einzuschätzen. Einerseits gibt es in Brasilien gegenwärtig die wohl mobilisierungsfähigsten zivilgesellschaftlichen Akteure, allen voran die Landlosenbewegung MST, andererseits ist in keinem anderen Land die ‚unzivilgesellschaftliche‘ in Form von Kriminalität und Gewalt derart ausgeprägt. In dieser Hinsicht und auch mit Blick auf die wenig korrupte bürokratische Kultur sowie ein relativ günstiges Ranking im Human Development Index bietet Chile eigentlich einen guten Nährboden für zivilgesellschaftliches Engagement. Trotzdem wird gerade die Entwicklung der chilenischen Zivilgesellschaft von vielen Experten negativ eingeschätzt. In der Tat ist die Responsivität der chilenischen Parteien für zivilgesellschaftliche Belange sehr schwach ausgeprägt, die sozio-kulturellen und institutionellen Hinterlassenschaften der langen Diktatur sitzen nach wie vor tief in vielen Köpfen. Die Marktgesellschaft ist neoliberal ausgeprägt und gerade das linke Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen hat seit der Transition viele Rückschläge hinnehmen müssen, nicht zuletzt wegen des massiv gesunkenen Engagements ausländischer Geldgeber. Andererseits sind die meisten dieser Organisationen weiterhin aktiv und zudem sind im mittleren und im konservativen politischen Spektrum viele neue zivilgesellschaftliche Akteure entstanden, deren Aktivitäten für die Konsolidierung der Demokratie durchaus positive Auswirkungen haben könnten (Clewett 1998). Extrem ungünstig ist allerdings vor allem im chilenischen Fall das Kräfteverhältnis zwischen den traditionellen zivilgesellschaftlichen Akteuren an der Schnittstelle zur ökonomischen Gesellschaft: In keinem anderen Land ist die Übermacht der Privatwirtschaft und ihrer Interessenvertretungen gegenüber einer durch die Diktatur extrem geschwächten und nach wie vor eher defensiv agierenden Arbeiterbewegung so stark ausgeprägt wie in Chile. In dieser Hinsicht bildet insbesondere Argentinien einen Gegenpol, denn dort konnten sich die Gewerkschaften bislang eine einflußreiche Position bewahren. Allerdings wird gerade für Argentinien immer wieder der ne-

gative Einfluß traditioneller klientelistischer und korrupter Praktiken bemängelt, was die Herausbildung einer aktiven pluralistischen Zivilgesellschaft sowie einen positiven Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie behindert.

Ein so vorsichtiges Fazit mag unbefriedigend erscheinen. Angesichts der Fülle und Verschiedenartigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure sowie der Tatsache, daß die Zivilgesellschaft lediglich eine von etwa einem halben Dutzend Arenen ist, die für Fragen nach der Stabilität, Qualität oder Konsolidierung von Demokratie eine Rolle spielen, scheint mir dies jedoch fruchtbarer zu sein als allzu deterministische Prognosen oder gar die Bildung eines zivilgesellschaftlichen Mythos'.

Anmerkungen

- 1 Zur allgemeinen Zivilgesellschaftsdiskussion siehe: Berman 1997; Cohen/Arato 1992; Diamond 1996; Merkel/Lauth 1998.
- 2 Dies bedeutet allerdings nicht, daß die gesamte Linke diesen Wandel mitvollzogen hätte. Siehe dazu die kritische Position von Petras (1997). Zur Veränderung linken Denkens in Lateinamerika siehe außerdem: Carr/Ellner 1993; Castañeda 1993; Lechner 1985; Sterr 1997; Weffort 1989 sowie Nr. 157 (1998) der Zeitschrift Nueva Sociedad.
- 3 Zur Rolle der sozialen Bewegungen siehe: Calderón 1986 u. 1995; Eckstein 1989; Escobar/Alvarez 1992; Bultmann et al. 1995; Foweraker 1995; Hellmann 1995; Jelin/Hershberg 1996; Chalmers et al. 1997; Boris 1998; Alvarez/Dagnino/Escobar 1998a.
- 4 Eine Analyse zivilgesellschaftlicher Entwicklungen kann zwar nicht ohne Verweise auf Gewerkschaften und Unternehmerverbände auskommen. Da ich mich an anderer Stelle (Birle 1999) ausführlich mit diesen Akteursgruppen auseinandergesetzt habe, beschränken sich die diesbezüglichen Anmerkungen und Literaturverweise im vorliegenden Beitrag jedoch auf ein Mindestmaß.
- 5 Idealtypisch unterscheiden sich Nichtregierungsorganisationen von sozialen Bewegungen in erster Linie durch ihren intermediären Charakter, ihre Vermittlungstätigkeit zwischen Betroffenen und anderen Instanzen. Demgegenüber werden soziale Bewegungen von den unmittelbar Betroffenen selbst zur Durchsetzung ihrer Interessen und Ziele gegründet (Koschützke 1994: 43).
- 6 Zur Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft, Politischer Gesellschaft und Ökonomischer Gesellschaft siehe: Linz/Stepan 1996: 7ff.
- 7 Eine andere Position vertreten Merkel/Lauth (1998). Wie diesen scheinen mir allerdings die Merkmale 'Mindestmaß an Autonomie' und 'Gewaltverzicht' als sinnvolle empirische Abgrenzungskriterien, obwohl es auch diesbezüglich in Einzelfällen zu divergierenden Interpretationen und Grenzfällen kommen kann.
- 8 Zur Entwicklung des Staates in Lateinamerika siehe: Borón 1997; Calderón/Dos Santos 1994; Mols 1989; Veliz 1980; Vellinga 1998.
- 9 Zur Katholischen Kirche in Lateinamerika siehe: Dussel 1988; Keogh 1990.

- 10 Zu den Modernisierungsprozessen siehe: Anderson 1967; Johnson 1958. Zur Entwicklung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände siehe: Birle 1999 und die dort angegebene Literatur.
- 11 Zu Chile siehe: Oxhorn 1994 u. 1995b; zu Argentinien siehe: González Bombal 1995; für einen Vergleich der vier Cono-Sur-Länder siehe: Stepan 1985.
- 12 Siehe auch: Huber et al. 1997 u. O'Donnell 1997. Für eine kritische Auseinandersetzung mit den Kritikern siehe: Nohlen 1995.
- 13 Zu den neoliberalen Reformen siehe die Beiträge in: Dombois et al. 1997; Contreas 1996; IIK 1996; Lawton 1995.
- 14 Siehe die Beiträge in: Boris 1998; Chalmers et al. 1997; Gleich 1997; Jelin/Hershberg 1996.

Literatur

- Anderson, Charles 1967: *Politics and Economic Change in Latin America*, Princeton.
- Alvarez, Sonia, E. 1998: *Latin American Feminisms „Go Global“: Trends of the 1990s and Challenges for the New Millenium*, in: Alvarez/Dagnino/Escobar 1998a: 293-324.
- Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo (Hrsg.) 1998a: *Cultures of Politics. Politics of Cultures. Re-visioning Latin American Social Movements*, Boulder/Colorado.
- Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelina/Escobar, Arturo 1998b: *Introduction: The Cultural and the Political in Latin American Social Movements*, in: dies. 1998a: 1-29.
- Aricó, José 1988: *La cola del diablo. Itinerario de Gramsci en América Latina*, Caracas.
- Bendel, Petra 1996: *Parteienkrise und Zivilgesellschaft in Lateinamerika: Zum Stand der Debatte*, Bonn.
- Berman, Sheri 1997: *Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic*, in: *World Politics* (49) 3: 401-429.
- Birle, Peter 1995: *Argentinien: Unternehmer, Staat und Demokratie*, Frankfurt a. Main.
- Birle, Peter 1997a: *Verfassungsänderung, Reformpolitik und Konsolidierung der Demokratie in Bolivien*, in: Betz, Joachim (Hrsg.): *Verfassungsgebung in der Dritten Welt*, Hamburg: 101-126.
- Birle, Peter 1997b: *Bolivien – Die Reformpolitik der Regierung Sánchez de Lozada*, in: Betz, Joachim/Brüne, Stefan (Hrsg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1998*, München: 221-241.
- Birle, Peter 1999: *Die südamerikanischen Gewerkschaften und Unternehmerverbände im Systemwechsel*, in: Merkel/Sandschneider (Hrsg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*, Opladen: 181-219.
- Blanes, José 1998: *La Paz. Juntas Vecinales y Comité de Vigilancia*, La Paz.
- Bodemer, Klaus/Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.) 1998: *Lateinamerika Jahrbuch 1998*, Frankfurt a. Main.
- Bodemer, Klaus/Carreras, Sandra 1997: *Die politischen Parteien im demokratischen Transitions- und Konsolidierungsprozeß in Südamerika: Argentinien, Chile und Uruguay im Vergleich*, in: Merkel/Sandschneider: 171-213.
- Boris, Dieter 1998: *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Hamburg.

- Borón, Atilio A. 1997: Estado, Capitalismo y Democracia en América Latina, Buenos Aires (3. erw. Auflage).
- Brysk, Alison 1994: The Politics of Human Rights in Argentina: Protest, Change, and Democratization, Stanford.
- Bultmann, Ingo/Hellmann, Michaela/Meschkat, Klaus/Rojas, Jorge (Hrsg.) 1995: Demokratie ohne soziale Bewegung?, Unkel a. Rhein/Bad Honnef.
- Calderón, Fernando (Hrsg.) 1986: Los movimientos sociales ante la crisis, Buenos Aires.
- Calderón, Fernando 1995: Movimientos sociales y política: La década ochenta en Latinoamérica, México.
- Calderón, Fernando/Dos Santos, Mario 1994: Hacia un nuevo orden estatal en América Latina: Veinte tesis sociopolíticas y un corolario, Mexiko.
- Calderón, Fernando/Laserna, Roberto 1994: Paradojas de la modernidad. Sociedad y cambios en Bolivia, La Paz.
- Carr, B./Ellner, S. 1993 (Hrsg.): The Latin American Left. From the Fall of Allende to Perestroika, Boulder/San Francisco.
- Carreras, Sandra 1998: 15 Jahre im Labyrinth: Wegmarken und Aporien der Debatte über die Demokratie in Lateinamerika, in: Bodemer et al.: 35-53.
- Castañeda, Jorge B. 1993: Utopia Unarmed: The Latin American Left after the Cold War, New York.
- Cavarozzi, Marcelo 1993: Beyond Transitions to Democracy in Latin America, in: Journal of Latin American Studies 24 (3): 665-584.
- Chalmers, Douglas A./Vilas, Carlos M./Hite, Katherine/Martin, Scott B./Piester, Kerianne/Segarra, Monique (Hrsg.) 1997: The New Politics of Inequality in Latin America. Rethinking Participation and Representation, Oxford.
- Clewett, Elizabeth 1998: The Development of Civil Society in Chile in the 1990s and the Role of the NGO Sector (<http://136.142.158.105/LASA98/CLEWETT.PDF>).
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew 1992: Civil Society and Political Theory, Cambridge/London.
- Collier, David/Levitsky, Steven 1997: Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics (49) 3: 430-451.
- Colombo, Ariel/Palermo, Vicente 1985: Participación política y pluralismo en la Argentina contemporánea, Buenos Aires.
- Conaghan, Catherine M./Malloy, James M. 1994: Unsettling Statecraft. Democracy and Neoliberalism in the Central Andes, Pittsburgh/London.
- Contreras, Carlos (Hrsg.) 1996: Reforma política, gobernabilidad y desarrollo social. Retos del siglo XXI, Caracas.
- Corradi, Juan E. 1987: The Culture of Fear in Civil Society, in: Peralta-Ramos, Monica/Waisman, Carlos H. (Hrsg.): From Military Rule to Liberal Democracy in Argentina, Boulder/London: 113-129.
- Corradi, Juan E./Fagen, P.W./Garretón, Manuel A. (Hrsg.) 1992: Fear at the Edge: State Terror and Resistance in Latin America, Berkeley.
- Costa, Sérgio 1997: Dimensionen der Demokratisierung: Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und lokale Partizipation in Brasilien, Frankfurt a. Main.
- Cunill Grau, Nuria 1997: Repensando lo público a través de la sociedad. Nuevas formas de gestión pública a través de la sociedad, Caracas.
- De Soto, H. 1987: El otro sendero: La revolución informal, Lima.

- Diamond, Larry 1996: Toward Democratic Consolidation, in: Diamond/Plattner: 227-240.
- Diamond, Larry 1999: Developing Democracy: Toward Consolidation, Baltimore/London.
- Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.) 1995: Politics in Developing Countries: Comparing Experiences with Democracy, Boulder/London.
- Diamond, Larry/Plattner, Marc F. (Hrsg.) ²1996: The Global Resurgence of Democracy, Baltimore/London.
- Diamond, Larry/Plattner, Marc F./Chu, Yun-han/Tien, Hung-mao (Hrsg.) 1997: Consolidating the Third Wave Democracies: Themes and Perspectives, Baltimore/London.
- Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans-Joachim/Thierry, Peter (Hrsg.) 1997: Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Frankfurt a. Main.
- Domínguez, Jorge I./Lowenthal, Abraham F. (Hrsg.) 1996: Constructing Democratic Governance. Latin America and the Caribbean in the 1990s, Baltimore/London.
- Drake, Paul/Jaksic, Iván (Hrsg.) 1995: The Struggle for Democracy in Chile, Lincoln.
- Dussel, Enrique 1988: Die Geschichte der Kirche in Lateinamerika, Mainz.
- Eckstein, Susan (Hrsg.) 1989: Power and Popular Protest: Latin American Social Movements, Berkeley/ Los Angeles/ London.
- Escobar, Arturo/Alvarez, Sonia E. (Hrsg.) 1992: The Making of Social Movements in Latin America: Identity, Strategy, and Democracy, Boulder/ San Francisco/ Oxford.
- España Cuellar, Raul/Bejarano Vega, Javier 1993: Democracia y pedagogía democrática, La Paz.
- Filgueira, Carlos H. 1986: Movimientos sociales en la restauración del orden democrático, Uruguay 1985, in: Calderón: 62-102.
- Filgueira, Fernando/Papadópulos, Jorge 1997: Putting Conservatism to Good Use? Long Crisis and Vetoed Alternatives in Uruguay, in: Chalmers et al.: 360-387.
- Fisher, John R. 1992: Lateinamerika 1830-1900, in: Buve, Raymond Th./Fisher, John R. (Hrsg.): Lateinamerika von 1760 bis 1900, Stuttgart (Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Band 2): 387-438.
- Flisfich, Angel/Lechner, Norbert/Moulian, Tomás 1985: Problemas de la democracia y la política democrática en América Latina, in: Cepeda Ulloa, F. et al.: Democracia y Desarrollo en América Latina, Buenos Aires: 51-102.
- Foweraker, Joe 1995: Theorizing Social Movements, London/ Boulder/ Colorado.
- Freres, Christian (Hrsg.) 1998: La cooperación de las sociedades civiles de la Unión Europea con América Latina, Madrid.
- Garretón, Manuel Antonio 1989: Popular Mobilization and the Military Regime in Chile: The Complexities of the Invisible Transition, in: Eckstein: 259-277.
- Garretón, Manuel Antonio 1997: Revisando las transiciones democráticas en América Latina, in: Nueva Sociedad 148: 20-29.
- Gillespie, Charles Guy 1990: Models of Democratic Transition in South America, in: Ethier, Diane (Hrsg.): Democratic Transition and Consolidation in Southern Europe, Latin America and Southeast Asia: 45-72.
- Gillespie, Charles Guy 1991: Negotiating Democracy. Politicians and Generals in Uruguay, Cambridge.

- Gleich, Utta von (Hrsg.) 1997: Indigene Völker in Lateinamerika: Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential, Frankfurt am Main.
- González Bombal, Inés 1995.: ¿Entre el Estado y el Mercado? ONGs y sociedad civil en la Argentina, in: Thompson, Andrés (Hrsg.): Público y Privado. Las organizaciones sin fines de lucro en la Argentina, Buenos Aires: 65-83.
- Grüner, Eduardo 1991: Las fronteras del (des)orden. Apuntes sobre el estado de la sociedad civil bajo el Menemato, in: Borón, Atilio et al. (Hrsg.): El Menemato: Radiografía de dos años de gobierno de Carlos Menem, Buenos Aires: 85-118.
- Hagopian, Frances 1993: After Regime Change: Authoritarian Legacies, Political Representation, and the Democratic Future of South America, in: World Politics 45 (3): 464-500.
- Hellmann, Michaela (Hrsg.) 1995: Ohne uns keine Demokratie. Soziale Bewegungen und die Auseinandersetzungen um die Demokratie in Brasilien, Unkel a. Rhein/Bad Honnef.
- Hollensteiner, Stephan 1998: Aufbruch und Ernüchterung: Linksintellektuelle und Politik in Argentinien und Brasilien, 1960-1995, in: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): Lateinamerika Jahrbuch 1998, Frankfurt a. Main: 54-80.
- Howard, Marc Morjé 1998: Zivilgesellschaft in Rußland: Reflexionen zu einer Tagung, in: Berliner Debatte INITIAL 9.2/3: 189-199.
- Huber, Evelyne/Rueschemeyer, Dietrich/Stephens, John D. 1997: The Paradoxes of Contemporary Democracy. Formal, Participatory, and Social Dimensions, in: Comparative Politics (29) 3: 323-342.
- Imbusch, Peter 1995: Unternehmer und Politik in Chile, Frankfurt a. Main.
- Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) (Hrsg.) 1993: Armut und Armutsbekämpfung in Lateinamerika (Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation, Heft 23), Hamburg.
- Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) (Hrsg.) 1996: Bolivien. Traumland der Reformen? (Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation, Heft 31), Hamburg.
- Inter-American Development Banc (IDB) 1998: Economic and Social Progress in Latin America, Washington.
- Jelin, Elizabeth 1985: Otros silencios, otras voces: El tiempo de la democratización en la Argentina, in: Calderón: 17-44.
- Jelin, Elizabeth/Hershberg, Eric (Hrsg.) 1996: Constructing Democracy: Human Rights, Citizenship, and Society in Latin America, Boulder/Colorado.
- Johnson, John J. 1958: Political Change in Latin America: The Emergence of the Middle Sectors, Stanford.
- Kamrava, Mehran/Mora, Frank O. 1998: Civil society and democratisation in comparative perspective: Latin America and the Middle East, in: Third World Quarterly (19) 5: 893-916.
- Keogh, Dermot (Hrsg.) 1990: Church and Politics in Latin America, New York.
- Kohut, Karl/Hengstenberg, Peter/Maihold, Günther (Hrsg.) 1999: El papel de la sociedad civil en América Latina: representación de intereses y gobernabilidad, Caracas (i.V.).
- Koschützke, Albrecht 1994: Die Lösung auf der Suche nach dem Problem: NGOs diesseits und jenseits des Staates, in: Dirmoser, Dietmar et al. (Hrsg.): Jenseits des Staates? (Lateinamerika. Analysen und Berichte 18), Bad Honnef: 39-64.

- Laserna, Roberto 1986: La acción social en la coyuntura democrática, in: Calderón: 103-156.
- Laserna, Roberto 1992: Productores de Democracia: Actores Sociales y Procesos Políticos en Bolivia 1971-1991, Cochabamba.
- Lawton, Jorge A. (Hrsg.) 1995: Privatization Amidst? Poverty. Contemporary Challenges in Latin American Political Economy, Miami.
- Lechner, Norbert 1985: De la revolución a la democracia: El debate intelectual en América del Sur, in: Opciones 6: 57-72.
- Lechner, Norbert 1994: Marktgesellschaft und die Veränderung von Politikmustern, in: PROKLA 97: 549-561
- Lechner, Norbert 1995: La problemática invocación de la sociedad civil, in: Espacios: Revista Centroamericana de Cultura Política 4: 4-13.
- Lechner, Norbert 1996: Staat und Zivilgesellschaft in den lateinamerikanischen Demokratisierungsprozessen. Überlegungen zu einem Beziehungswandel, in: Kolland, Franz/Pilz, Erich/Schedler, Andreas/Schicho, Walter (Hrsg.): Staat und zivile Gesellschaft, Frankfurt a. Main.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, London.
- Maihold, Günther 1998: Demokratie als Prozeß: Die Suche nach Modellen demokratischer Regierbarkeit in Bolivien und Peru, in: Ibero-Amerikanisches Archiv (24) 1/2: 103-137.
- Mainwaring, Scott 1986: The Catholic Church and Politics in Brazil, 1916-1985, Stanford 1986.
- Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim 1998: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: APuZ B 6-7/98: 3-12.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.) 1997: Systemwechsel 4: Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß, Opladen.
- Meschkat, Klaus 1999: Movimientos sociales y articulación política: Una crítica a la ideología de la 'Sociedad Civil', in: Kohut/Hengstenberg/Maihold (i.V.).
- Messner, Dirk/Scholz, Imme 1997: Chile: La dinámica económica del desarrollo y los bloqueos sociales para la modernización, in: Nueva Sociedad 151: 37-56.
- Mols, Manfred 1985: Demokratie in Lateinamerika, Stuttgart.
- Mols, Manfred 1989: Staat und Demokratie in Lateinamerika, in: Hünemann, Peter/Eckholt, Margit (Hrsg.): Katholische Soziallehre – Wirtschaft – Demokratie, Mainz, 197-254.
- Moulian, Tomás 1993: Democracia de consensos o democracia de conflictos?, in: Colección Estudios Cieplan 38: 95-154.
- Munck, Ronaldo 1993: After the Transition: Democratic Disenchantment in Latin America, in: European Review of Latin America and Caribbean Studies 55: 7-19.
- Navarro, Marysa 1989: The Personal Is Political: Las Madres de Plaza de Mayo, in: Eckstein: 241-258.
- Nohlen, Dieter 1986: Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika, in: APuZ B9/86: 3-16.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) 1995: Democracia y neocrítica en América Latina, Frankfurt a. Main.

- Nohlen, Dieter/Fernández B., Mario 1988: Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik in Lateinamerika, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, Opladen (PVS Sonderheft 19): 406-437.
- O'Donnell, Guillermo 1979: Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism: Studies in South American Politics, Berkeley.
- O'Donnell, Guillermo 1996: Delegative Democracy, in: Diamond/Plattner: 94-108.
- O'Donnell, Guillermo 1997: Illusions About Consolidation, in: Diamond et al.: 40-57.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. 1986: Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore/London.
- Oxhorn, Philip 1994: Where Did All the Protesters Go? Popular Mobilization and the Transition to Democracy in Chile, in: Latin American Perspectives (21) 3: 49-68.
- Oxhorn, Philip 1995a: From Controlled Inclusion to Coerced Marginalization: The Struggle for Civil Society in Latin America, in: Hall, John A. (Hrsg.): Civil Society. Theory, History, Comparison, Cambridge: 250-277.
- Oxhorn, Philip 1995b: Organizing Civil Society: The Popular Sectors and the Struggle for Democracy in Chile, Pennsylvania.
- Oxhorn, Philip 1998: The Social Foundations of Latin America's Recurrent Populism: Problems of Popular Sector Class Formation and Collective Action, in: Journal of historical sociology 11 (2): 212-246.
- Colombo, Ariel/Palermo, Vicente 1985: Participación política y pluralismo en la Argentina contemporánea, Buenos Aires.
- Paoli, Maria Céilia 1995: Soziale Bewegungen in Brasilien, in: Hellmann: 26-60.
- Payne, Leigh A. 1994: Brazilian Industrialists and Democratic Change, Baltimore.
- Petras, James (1997): América Latina. La izquierda contraataca, in: Nueva Sociedad 151: 27-36.
- Portantiero, Juan Carlos 1999: La Sociedad Civil en América Latina: Entre autonomía y centralización, in: Kohut/Hengstenberg/Maihold (i.V.).
- Przeworski, Adam et al. 1995: Sustainable Democracy, Cambridge.
- Roberts, Kenneth M. 1997: Beyond Romanticism: Social Movements and the Study of Political Change in Latin America, in: Latin American Research Review (32) 2: 137-151.
- Rojas Ortuste, Gonzalo 1994: Democracia en Bolivia: Hoy y mañana. Enraizando la democracia con las experiencias de los pueblos indígenas, La Paz.
- Rouquié, Alain 1982: L'état militaire en Amérique Latine, Paris.
- Sábato, Hilda (Hrsg.) 1998: Ciudadanía política y formación de las naciones: Perspectivas históricas de América Latina, Mexiko.
- Schmitter, Philippe C. 1997: Civil Society in East and West, in: Diamond u.a.: 239-262.
- Sotelo, Ignacio 1973: Soziologie Lateinamerikas: Probleme und Strukturen, Stuttgart.
- Stepan, Alfred 1985: State Power and the Strength of Civil Society in the Southern Cone of Latin America, in: Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hrsg.): Bringing the State Back in, Cambridge: 317-343.
- Stepan, Alfred (Hrsg.) 1989: Democratizing Brazil: Problems of Transition and Consolidation, Oxford.
- Sterr, Albert (Hrsg.) 1997: Die Linke in Lateinamerika: Analysen und Berichte, Köln.

- Stohldreier, Sabine 1997: Zivilgesellschaft in Lateinamerika: Der Fall Chile, in: Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß, Mainz: 50-68.
- Thiery, Peter 1992: Zivilgesellschaft, Staat und Entwicklung im Kontext neoliberaler Anpassungsstrategien: Die Beispiele Chile und Peru, in: Gormsen, E./Thimm, A. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Staat in der Dritten Welt, Mainz: 61-103.
- Touraine, Alain 1989: América Latina. Política y Sociedad, Madrid.
- Transparencia Internacional 1998: Índice de percepción de la corrupción (<http://www.transparency-lac.org/percepcion.html>).
- Veliz, Claudio 1980: The Centralist Tradition of Latin America, Princeton.
- Vellinga, Menno 1998: The Changing Role of the State in Latin America, Boulder/Colorado.
- Vilas, Carlos M. 1997: Participation, Inequality, and the Whereabouts of Democracy, in: Chalmers et al.: 3-42.
- Wagner, Christoph 1991: Politik in Uruguay 1984-1990: Probleme der demokratischen Konsolidierung, Münster/Hamburg.
- Wagner, Cristoph 1997: Uruguay: Unternehmer zwischen Diktatur und Demokratie, Frankfurt a. Main.
- Weffort, Francisco 1989: Why Democracy?, in: Stepan: 327-350.
- Werz, Nikolaus 1991: Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika, Freiburg.